

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zl.
monatl. 4,00 zl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 zl.
Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 zl., monatl. 5,00 zl. Unter Streitband in Polen
monatl. 8 zl., Danzig 3 G. Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr.
Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebs-
störung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der
Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Herausf. Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die einspaltige
Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei
Platzvorchrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von An-
zeigen nur schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen
der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr
übernommen. — Postlesekonten: Posen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 87.

Bromberg, Sonnabend den 16. April 1932.

56. Jahrg.

Der Eindruck des S.A.-Verbotes im Reich.

Aus Berlin wird von überparteilicher Seite berichtet:

Mit welchen Maßstäben der Entschluß der Reichsregierung, die „Braune Armee“ aufzulösen, gemessen werden muß, zeigt die Aufmerksamkeit, welche die ganze Welt diesem Ereignis widmet. Im allgemeinen erkennt die gesamte ausländische Presse den Mut der Reichsregierung. Daraus geht hervor, daß die Reichsregierung in ihren Verhandlungen mit den fremden Mächten einen Zuwachs an Autorität zu erwarten hat, wenn es ihr gelingt, die Folgen dieses Verbotes zu überstehen. Aber überall klingt doch ein leiser Zweifel durch, ob dieser Mut nicht doch eine Dummheit gewesen ist. Und zwar bezieht sich dieser Zweifel auf die Wahl des Zeitpunktes. War es richtig, zwischen zwei Wahlen einen Staatsakt von solcher Tragweite vorzunehmen? Das wird erst die Zukunft, das wird vor allem der 24. April, der große Wahltag lehren. Dieser Punkt spielt auch in allen Stimmen des Inlandes die Hauptrolle. Vor allem bei denen, die in dem Schritt der Reichsregierung einen Fehltritt zu sehen. Vielen, die seit Wochen und Wochen das Verbot befürwortet haben, macht die Wahl des Zeitpunktes den Erfolg zweifelhaft.

Im Grunde ist, soweit nicht die Nebenkämpfe der bereits im Gange befindlichen Wahlagitation vorherrschen, so ziemlich die gesamte bürgerliche Presse mit dem Vorgehen Groeners einverstanden, allerdings fordert sie ein allgemeines Verbot aller Parteiaarme, vor allem also auch eine Abschaffung des Reichsbanners und der „Eisernen Front“. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß die amtliche Begründung des SA-Verbotes sich ebenso gut auf das Reichsbanner beziehen lasse. In der Begründung wird gesagt, daß der Staat allein für Ruhe und Ordnung zu sorgen habe, daß insgesamt alle Wehrorganisationen der Parteien, und dazu gehören ja schließlich Reichsbanner und Eiserner Front, überflüssig seien. Auch wenn vom Reichsbanner eine unmittelbare Bedrohung der bestehenden Staatsgewalt nicht zu fürchten sei, so werde doch allein das Bestehen einer solchen Organisation auf alle anderen Parteien wie eine Aufforderung wirken, sich in ähnlicher Weise einen Machtzuwachs zu sichern. Im Ganzen bleibt der Eindruck, daß die Verordnung der Reichsregierung im Kreuzfeuer der Kritik nicht ganz unbeschädigt bleibt.

Immer deutlicher tritt zutage, daß dieser Schritt nicht seiner Bedeutung entsprechend vorbereitet und erwogen wurde. Es bestätigt sich, daß nicht nur Preußen, sondern in der Tat der Reichswehrminister Groener durch sein Gewicht das Verbot durchgeführt hat. Noch am Montag hatte sich der Reichspräsident ablehnend verhalten. Als aber Groener nach einigen Vorfällen im Reichswehrministerium, die zu erörtern jetzt nicht die Zeit ist, mit seinem Rücktritt als Reichsinnenminister drohte, wandelte sich die Lage zugunsten des Verbotes. Wir haben Grund zu der Annahme, daß die vielbemerkte Einstimmigkeit des Kabinettsbeschlusses zu den Bedingungen Groeners gehörte. Was aber auch geschehen sein mag, es kann unter keinen Umständen die Überzeugung mit der das Verbot in die Tat umgesetzt wurde, rechtfertigen.

Hitlers Mahnung an die S.A.

Adolf Hitler, der am Mittwoch abend in Berlin eintraf, hat anlässlich des SA- und SS-Verbots folgenden Aufruf erlassen:

„Nationalsozialisten! Parteigenossen! Ehemalige SA- und SS-Männer, ehemalige Mitglieder des R.S.A.R. und der Fliegersturm! Nun wißt ihr, weshalb ich versuchte, die Präsidentschaftskandidatur der schwarz-roten Parteien zu verhindern. General Groener hat als Aufsicht für die Länderelections die SA und SS aufgelöst. Reichsbanner und Eiserner Front dagegen werden als staatspolitisch wertvoll angesehen und deshalb nicht verboten.“

Parteigenossen! Ich verstehe eure Gefühle. Jahrzehnt seit ihr getreu meiner Anordnung legal den Weg der Erringung der politischen Macht gegangen. Ihr seid in dieser Zeit auf das grausamste verfolgt und gequält worden. Hunderte von Kameraden wurden getötet, viele Tausende sind verwundet. Die feigen Mörder und Täter befinden sich zum überwiegenden Teil jedoch auf freiem Fuß. Für den Versuch der Notwehr habt ihr zahllose Gefängnis-, ja Zuchthausstrafen erhalten. Trotz der zum Teil grauenhaften Not, die durch das Verschulden der heute regierenden Partei euch getroffen hat, seid ihr brave und ehrliche Deutsche geblieben. Seumtes Wort, daß einst die ärmsten Söhne unseres Volkes die treuesten Bürger sein werden, habt ihr herrlich erfüllt. Was General Groener, Herr Braun, Herr Severing, Herr Grzesinski, Herr Stübel und Herr Brünning usw. wollen, weiß ich und ihr wißt es auch. Unsere Antwort auf diesen neuen Verzweiflungsschlag des Systems wird keine Parade, sondern ein Sieg sein. Am 24. April ist der Tag der Vergeltung. Zu diesem Zweck empfehle ich euch, wenn ehemaligen Kameraden der SA und SS, folgendes

1. Ihr seid von jetzt ab nur noch Parteigenossen.

2. Ihr erfüllt als Parteigenossen eure Pflicht, indem ihr euch in den Sektionen und Ortsgruppen zur politischen Wahlarbeit als Parteigenossen freiwillig mehr als je zur Verfügung stellt.

3. Gebt den augenblicklichen Machthabern keinen Anlaß, unter irgendwelchen Vorwänden die Wahlen auszögern zu können. Wenn ihr eure Pflicht erfüllt, wird dieser Schlag des Generals Groener durch unsere Propaganda tausendfach auf ihn selbst und seine Bundesgenossen zurückfallen.

4. Verliert nicht den Glauben an die Zukunft unseres Volkes, an die Größe unseres Vaterlandes und an den Sieg unserer Sache, die beiden dienen soll. Ich werde mein Letztes hergeben für diesen Kampf und damit für Deutschland. Denn trotz General Groener: Solange ich lebe, gehöre ich euch und ihr gehört mir.

Am 24. April jedoch möge es einer gerechten Befreiung gefallen, unseren Kampf für Freiheit und Recht zu segnen. Es lebe unsere nationalsozialistische Bewegung, es lebe Deutschland!

Hitler ist optimistisch.

London, 15. April. (PAT) „Evening Standard“ veröffentlicht eine Unterredung mit Hitler über die Auflösung der nationalsozialistischen Sturmabteilungen. Hitler erklärt, daß diese Maßnahme nicht ewig dauern könne. Bald würden die Sturmabteilungen wieder zu ihrer Tätigkeit herantreten, und wenn dies geschieht, so würden die 400 000 Leute, die die Regierung als tot erklärt hat, auf 600 000 Mann anwachsen. Schon einmal seien die Sturmabteilungen aufgelöst worden, und zwar im Jahre 1924. Nach 12 Monaten, als das Verbot wieder rückgängig gemacht wurde, sei ihre Zahl kolossal gestiegen. Hitler gibt die Überzeugung Ausdruck, daß seine Chancen bei den Preußenswahlen hervorragend seien. Er habe die Hoffnung, 100 Mandate zu erhalten.

Die Ursache der Auflösung der Sturmabteilungen erblickt Hitler in der Dankbarkeit gegenüber der Sozialdemokratie für die Unterstützung der Kandidatur Hindenburgs, wie auch in einem Zugeständnis gegenüber Frankreich, daß seit einem Jahre die Auflösung der Sturmabteilungen gefordert habe mit der Begründung, daß in ihnen eine Drohung gegen Frankreich erblieb werden müsse. Das Zugeständnis gegenüber Frankreich hält Hitler für ein entscheidendes Moment in dem Besluß der Reichsregierung, die Sturmabteilungen aufzulösen.

Wie das Wolff-Bureau meldet, ist die Erklärung Hitlers einem Korrespondenten der Auslands presse gegenüber, daß er Beweise dafür habe, als ob die Auflösung der Sturmabteilungen unter dem Druck des französischen Ministerpräsidenten erfolgt sei, vollständig aus der Luft gegriffen. Diese Erklärung verfolge lediglich das Ziel, die Reichsregierung in einen falschen Verdacht zu bringen, sowie ihre Autorität im In- und Auslande zu untergraben.

Der Innenminister von Braunschweig protestiert.

Berlin, 15. April. (PAT) In den einzelnen Bundesländern, die sich der Verordnung des Reichspräsidenten ohne Vorbehalt untergeordnet haben, wird auch weiterhin die Aktion der Polizei im Zusammenhang mit der Auflösung der nationalsozialistischen Sturmabteilungen durchgeführt. Lediglich in Braunschweig legte der nationalsozialistische Innenminister Klages Protest gegen die Verordnung ein und warnte vor den Folgen der Repressalien gegenüber den Nationalsozialisten. Für den 16. April ist eine Sitzung des Hessischen Landtages anberaumt, in der die Nationalsozialisten gegen die letzte Verordnung auftreten wollen.

Auch die „Hitlerjugend“ verboten.

Der Berliner Polizeipräsident hat die Notverordnung über die Auflösung der militärischen Organisationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Anlaß genommen, auch die „Hitlerjugend“ und den nationalsozialistischen „Volkssportverein“ zu verbieten.

Dazu meldet WTB amtlich:

Das Verbot der Hitlerjugend erstreckt sich, wie wir erfahren, vorläufig nur auf den Gesamtbezirk Berlin. Es ist jedoch anzunehmen, daß auch in anderen Teilen Preußens das Verbot für das Weiterbestehen der Hitlerjugend ausgesprochen wird, da die Begründung dafür darin zu suchen ist, daß die Hitlerjugend dem Chef des Stabes der SA untersteht und damit eine Unterorganisation der SA bedeutet.

Die S.A. von Danzig.

Warschau, 15. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der nationaldemokratische „Kurjer Warszawski“ fordert von der polnischen Regierung, vom Danziger Senat die gleichen Maßnahmen gegen die SA in Danzig zu verlangen, wie sie im Reich durchgeführt worden sind. (Werden dann auch in Polen alle „privaten“ Wehrverbände aufgelöst werden, die doch neben der starken polnischen Armee — für die es in Danzig überhaupt kein Gegenstück, im abgerückten Deutschland kein zahlenmäßig gleichwertiges, gibt — recht überflüssig sind? D. R.)

Danzig, 15. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der SA-Führer der Standarte V hat eine Kundgebung erlassen, in der er die Nationalsozialisten auffordert, sich zu keiner Unbesonnenheit hinreissen zu lassen und auch den geringsten Zwischenfall zu vermeiden, da die Feinde eines deutschen Danzig versuchen würden, mit dem Verbot der SA im Reich das Verbot der SA in Danzig zu erreichen.

19 Parteilisten

für die Preußenwahlen.

Davon kommen nur die zehn ersten für Mandate in Frage.

Der Landeswahlausschuß für die Preußenwahl hat jetzt endgültig verkündigt, daß von den über 26 Wahlvorschlägen, die zum Teil unter den unmöglichsten Namen mit eingereicht wurden, folgende neunzehn für die preußischen Landtagswahlen zugelassen werden. Die ausgewählten Nummern sind vom Landeswahlausschuß wegen Nichterfüllung der gesetzlichen Vorschriften abgewiesen worden.

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands; 2. Deutsch-nationale Volkspartei; 3. Preußische Zentrumpartei; 4. Kommunistische Partei Deutschlands; 5. Deutsche Volkspartei; 6. Nationale Front deutscher Stände (Wirtschaftspartei, Landvolkspartei, Junge Rechte); 7. Deutsche Staatspartei; 8. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung); 12. Deutsch-hannoversche Partei; 14. Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung); 18. Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands; 19. „Höchstgehalt der Beamten 5000 Mark, für die Arbeitslosen und bis jetzt abgewiesenen Kriegsbeschädigten“; 20. Radikale Partei (Bewegung für gesetzliche Geburtenregelung und Wohlstand; früher radikale Deutsche Staatspartei); 21. Nationale Minoritäten in Deutschland; 22. Partei der Erwerbslosen: für Arbeit und Brot; 23. Deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft, aktivistische Bewegung Deutschlands; 24. Deutsche Volksgemeinschaft (Völkisch-revolutionäre Wirtschaftsbewegung); 25. Nationale Opposition der vereinigten Reichsbankgläubiger und Markgeschädigten; 26. Menschheitspartei.

Unter den mangeln der gesetzlichen Voraussetzungen zur Ablehnung gelangten weiteren Berücksichtigungsvorschlägen befand sich auch noch eine „Partei der deutschen Steuerzahler“.

Haftbefehl gegen Dr. Roosen.

Anklage nur wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung.

Der Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium hat gegen Dr. Roosen und Werner Kertscher, die auf dem Potsdamer Bahnhof das Attentat auf den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther verübt, Haftbefehl erlassen, und zwar nicht wegen Mordversuchs, sondern — entsprechend den Angaben der Verhafteten, die angaben, keine Tötungsabsicht gehabt zu haben — nur wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mittels Schußwaffe.

Seitens der Reichsparteileitung der NSDAP wird erklärt, daß die beiden Urheber des Anschlags gegen Dr. Luther, Kertscher und Roosen, niemals Mitglieder der NSDAP gewesen seien.

Wie weiter mitgeteilt wird, ist Willi Roosen, der Sohn des verhafteten Dr. Max Roosen, festgenommen worden und zwar, weil in seiner Wohnung eine nicht angemeldete Schußwaffe vorgefunden worden ist. Seitens der Polizei wird nachdrücklich betont, daß die Verhaftung in keinem Zusammenhang mit dem Anschlag auf Dr. Luther steht.

Der polnischen Telegraphen-Agentur wird aus Genf gemeldet:

Der polnische Delegierte für die Abrüstungskonferenz, General Burhardt-Bulacki, der bei seiner Fahrt über Berlin den Eisenbahngang benutzt, an dem das Attentat auf Dr. Luther verübt wurde, wäre beinahe das Opfer der Schüsse geworden, die dem Reichsbankpräsidenten galten. Dr. Luther, der auf dem Bahnsteig auf und ab ging, stellte sich schließlich vor das offene Fenster des Waggon, in dem sich General Burhardt-Bulacki befand. In diesem Augenblick wurden die Schüsse abgegeben. Die Kugel, die Dr. Luther streifte, ist in der Wand des Waggons stecken geblieben, direkt unter dem Fenster, an dem der polnische Delegierte stand.

Zaleski spricht auf der Abrüstungskonferenz.

Motto: "Der Mann, der das „Wenn“ und das „Aber“ erdacht, — ist sicher aus Häckerling Gold schon gemacht...". (Gottfr. Aug. Bürger.)

Genua, 14. April. (PAT) In der gestrigen Nachmittagsitzung der Hauptkommission der Abrüstungskonferenz hielt u. a. auch der polnische Außenminister August Zaleski eine Rede, in der er etwa folgendes sagte:

Seit dem Augenblick der Wiederaufnahme der Arbeiten unserer Konferenz haben wir hier eine Reihe interessanter Erklärungen entgegengenommen, die zweifellos schließlich dazu führen dürften, unseren Arbeiten eine Richtung zu geben, die zu einem praktischen Ergebnis führen könnte. Es ist hier die Rede von einer quantitativen und qualitativen Abrüstung. Soweit es sich um die quantitative Abrüstung handelt

so ist mein Land bereit, die Rüstungen bis zum niedrigsten Niveau zu verringern,

wenn es nur die Sicherheit hätte, daß auf diesem Gebiet kein anderes Land über eine offensichtliche Mehrheit disponieren wird. Andererseits ist es in Anbetracht des Fortschritts auf verschiedenen Gebieten notwendig, dank einer internationalen Organisation entsprechende Mittel gegen das zu finden, was man einen technischen Missbrauch nennen könnte, der geeignet wäre, unbemerkt die militärische Aktion des Landes zu erleichtern.

Wir sind hier hergekommen, um aufrichtig und loyal mit allen Ländern zusammenzuarbeiten und uns vielleicht zu beglückwünschen, wenn diese Zusammenarbeit von diesem Gesichtspunkt aus zur Schaffung gleicher Bedingungen führt. Die Lage gewisser Länder würde es erfordern, für den Artikel 8 des Paktes eine gewisse Lösung zu finden. Ich meine hier das Verbot gewisser Waffengattungen und die quantitative Abrüstung. Der italienische Plan ist in dieser Beziehung ein hervorragender Lösungsversuch.

Mein Land würde in dieser Beziehung keine großen Opfer bringen,

da es mit der Zusammenarbeit an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau beschäftigt ist und nicht über die gefährlichen Waffengattungen verfügt, die den Gegenstand des erwähnten Vorschlags bilden. In dieser Beziehung befindet sich mein Land in einer bedeutend ungünstigeren Lage als manche andere Staaten, die diese Waffen in großen Mengen besitzen und die Möglichkeit ihrer Fabrikation haben. Wir hätten also allen Grund, den Vorschlag auf Einschränkung gewisser Waffengattungen zu unterstützen.

Ich möchte aber gewisse Fragen aufwerfen:

Sind die Autoren dieser Vorschläge entschlossen, das System einer genügend wirksamen Kontrolle anzunehmen, um uns vor Überraschungen zu schützen? Sind sie auch entschlossen, sich mit einer internationalen Kontrolle jeglicher Industrie einverstanden zu erklären, die für Kriegszwecke verwendet werden könnte? Und schließlich: sehen sie eine wirksame Aktion gegen die Länder vor, die gegen das Verbot verstossen würden?

Ohne die Sicherstellung dieser grundlegenden Bedingungen werden wir nur

bequeme Bedingungen für ein Land bösen Willens

schaffen, das unter Missbrauch des Gefühls der Sicherheit eines gewissen Tages ein Volk übersetzen wollte, das loyal die internationalen Bestimmungen beobachtet.

Ein Zeugnis unserer Verantwortlichkeit und der entschiedenen strikten Einhaltung unserer internationalen Verpflichtungen liegt in der Tatsache, daß wir bereit sind, jeden Vorschlag über das Verbot gewisser Kategorien der Rüstungen zu Lande, zur See und in der Luft anzunehmen, die durch die Konferenz als besonders offensiv anerkannt werden. Ohne eine genaue Umschreibung der Methoden, die hier in Betracht gezogen werden, droht uns ein jedes Versagen mit der Verlängerung unserer Beratungen, oder sie werden zu einer leeren Manifestation. Notwendig ist eine Lösung, die den Gesamtkomplex des Problems umfaßt, das dieses Ziel im Auge hat und das unserer Arbeit an der Organisation des Friedens voranleiten muß.

Kritischer Extrakt...

Der Genfer Vertreter der „Roussische Zeitung“ hat den Ausführungen des polnischen Außenministers Zaleski folgenden Extrakt entnommen:

Zaleski erklärte sich zur Herauslösung der Rüstungen bereit unter der Voraussetzung der „absoluten Gewissheit, daß kein anderes Land in der Gegend, die Polen vom Standpunkt der Sicherheit aus interessiert, eine wesentliche Überlegenheit besitzt“, Russland mit seinen 165 Millionen Einwohnern und Deutschland mit 65 Millionen dürften also keine höhere Rüstung besitzen als Polen mit seinen 32 Millionen Einwohnern. Selbst dem amerikanischen Vorschlag, den er ohne große Opfer für sein Land annehmen zu können erklärte, wollte Zaleski nur unter der Bedingung zustimmen, daß Amerika nicht nur ein Kontrollsystem annimmt, sondern auch eine Kontrolle für alle Rüstungsindustrien und sich bereit erklärt, zur Teilnahme an Sanktionen, wovon auch Herr Zaleski genau weiß, daß die Washingtoner Regierung sie niemals annehmen wird.

Amerika gibt nicht nach...

Der stellvertretende Außenminister der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Castle, erklärte in einer Pressebesprechung, die Amerikanische Regierung sei durch den französischen Widerstand gegen Gibsons Vorschläge nicht entmutigt, sondern sie werde weiterhin daran dringen, daß man sie diskutiere. Castle betonte, Frankreich habe über Gibsons Rede nicht überrascht sein können, denn die französische Regierung habe vorher den Text erhalten. Die Amerikanische Regierung halte an der Taktik fest, die sich auch bei der Londoner Flottenkonferenz bewährt habe, näm-

lich daran, daß man einen konkreten Punkt nach dem anderen aufgreife und erledige, anstatt sich in allgemeine philosophische Betrachtungen zu versetzen.

... und Lloyd George schreibt ein Buch.

Lloyd George will ein neues Buch über die Abrüstung schreiben, da sein letztes Buch, „Die Wahrheit über Reparationen und Kriegsschulden“ ein großer Erfolg war und noch immer täglich in England über 400 Exemplare verkauft werden. Lloyd George will sein neues Werk in zwei oder drei Monaten fertiggestellt haben. „Ich habe den Friedensvertrag unterschrieben“, äußerte er. „Die Abrüstungsklauseln sind wesentlich nicht erfüllt worden. Mein Buch über die Abrüstung ist eine Pflicht, die ich der Welt schuldig bin.“

Grandi gegen Tardieu.

Herabsetzung, nicht Begrenzung der Rüstungen!

Im Haupthausschluß der Genfer Abrüstungskonferenz wurde am Mittwoch die Aussprache über den amerikanischen Vorschlag der Abschaffung gewisser schwerer Angriffswaffen fortgesetzt mit einer Rede des italienischen Außenministers Grandi. Der italienische Außenminister wandte sich eingangs seiner Rede gegen die Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten Tardieu, der den amerikanischen Vorschlag bekämpft hatte mit der Begründung, es sei schwer, eine Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungswaffen zu treffen. Der italienische Vertreter erklärte, Italien habe einen organischen Plan der qualitativen Rüstungsbeschränkung vorgelegt, der sich nicht auf die Abschaffung einiger besonders kostspieliger und besonders starker Waffen beziehe. Italien fordere die gleichzeitige und vollständige Abschaffung aller Waffen, die für die Angriffsaktivität eines Staates entscheidend seien.

Grandi entwickelte im einzelnen den italienischen Plan und machte präzise Vorschläge; er forderte: progressive vollständige Abschaffung der schweren Artillerie, beginnend mit den großen Kalibern, desgleichen der Tanks. Bezuglich der Linienfahrzeuge, Flugzeugträger und U-Boote verlangte Grandi, daß jeder Staat vom Beginn des Inkrafttretners der Abrüstungskonvention an jährlich einen bestimmten Prozentsatz der Gesamttonnage in jeder Kategorie zu zerstören habe. Weiter verlangte Grandi progressive Abschaffung der Bombengeschwader und sofortige Zerstörung aller Waffen, die dem Gas-Krieg und dem bacteriologischen Krieg dienen. Grandi betonte mit Nachdruck, daß die qualitative Abrüstung, wie sie Italien vorschlage, nur ein System sei, das durch andere Maßnahmen noch ergänzt werden müsse; er erklärte ausdrücklich, daß das Ziel der Abrüstungskonferenz die Herauslösung und nicht die Begrenzung der Rüstungen sei.

Grandi wies weiter auf die Erfahrungen des Weltkrieges hin, die dazu geführt hätten, im Artikel 5 des Versailler Vertrages die Abschaffung der schweren Angriffswaffen ohne Unterschied für die unterlegenen Staaten anzutreten. Diese Bestimmungen der Friedensverträge habe Italien im Auge, wenn es jetzt die allgemeine Ausdehnung des Verbots fordere. Wir haben, erklärte Grandi, mit unserem Vorschlag der Tatsache Rechnung getragen, daß praktisch schon ein Abkommen existiert, das genau die Waffen bezeichnet, die besonderen Angriffsscharakter haben. Grandi wandte sich wiederholt gegen die Argumente Tardius und erregte die besondere Aufmerksamkeit der Versammlung, als er darauf hinwies, daß die Französische Regierung selbst in ihrem Memorandum vom 5. Februar die Rüstungsgattungen angegeben habe, die hierfür in Frage kommen. Im übrigen solle man sich nicht in theoretische Diskussionen verlieren, sondern das Problem praktisch und im Lichte der Erfahrungen lösen; dann werde die Unterscheidung nicht schwer fallen. Grandi äußerte sich auch zu der von Frankreich immer wieder angedrohten Theorie von der industriellen Kriegsbereitschaft. Wenn man einen Staat seiner militärischen Offensivfertigkeiten übergebe, so nehme man diesem Staat, selbst wenn er gegenüber seinen Nachbarn über ein größeres oder geringeres „potentiel de guerre“ verfüge, die entscheidende Basis für einen Angriff. „Welcher Staat“, so erklärte Grandi, „will es riskieren, blindlings einen Angriff zu unternehmen in dem allgemeinen Vertrauen auf Waffen, die er erst herstellen müßte?“

In außerordentlich eindrucksvoller Weise wies Grandi weiter den Einwand Tardius zurück, daß das Verbot der Herstellung solcher Waffen durch geheime Fabrikation leicht umgangen werden könne. „Wenn wir“, so erklärte der italienische Vertreter, „bei unseren Handlungen von vornherein den guten Willen in Zweifel stellen, so bedeutet das, daß man das Gebäude der Sicherheit, des Friedens und des gegenseitigen Vertrauens, also die Grundlagen der internationalen Zusammenarbeit und des Völkerbundes erschüttere.“

Grandi fasste seine Ausführungen dahin zusammen, daß die Abschaffung der Angriffswaffen die Verteidigungsfähigkeit der Staaten und ihre Sicherheit verstärke, den Angriff erschwere, günstigere Bedingungen für die Wirksamkeit des Völkerbundes und des Kellogg-Paktes schaffe und bessere Bedingungen herstelle, um zu einer wirklichen Herauslösung der Rüstungen auf das niedrigste Niveau zu kommen.

Die Rede des italienischen Vertreters wurde von der erdrückenden Mehrheit der Versammlung mit außergewöhnlich starkem Beifall aufgenommen.

Im Haupthausschluß der Abrüstungskonferenz hielt der südlawische Ministerpräsident Marinkovitsch — als Sekundant der Franzosen — die Einhaltung eines Abkommens über die Abschaffung der schweren Kriegswaffen im Kriegsfall für unmöglich. Er wies besonders darauf hin, daß schon vor dem Weltkriege die chemische und bacteriologische Waffe verboten gewesen seien. Dennoch hätten die Kriegsführer alle anwendbaren Mittel angewandt. In Zukunft würden es die Staatsmänner ebenso machen, wenn sie nicht sofort abgesetzt werden wollten. Deshalb müsse der Völkerbund das Recht erhalten, den Angreifer außerhalb des Rechts zu erklären und ein gemeinsames Vorgehen aller Völkerbundsmächte gegen den Angreifer durchzuführen. Marinkovitsch schlug dann vor, alle Angriffswaffen unter die Kontrolle des Völkerbundes zu stellen und alle U-Boote, bis auf die zur Küstenverteidigung notwendigen, abzuschaffen.

Der Vertreter von Uruguay setzte sich noch entschiedener für den französischen Standpunkt ein. Der Vertreter Persiens schloß sich dagegen den italienisch-amerikanischen Vorschlägen an.

Schulrat Meyer

noch immer in Haft.

Wie das „Memeler Dampfsboot“ meldet, befindet sich der am Sonnabend verhaftete Schulrat Meyer aus Memel noch immer im Gefängnis Bajohren. Er wird nach den für die Insassen dieses Gefängnisses gestellten Vorschriften behandelt. So ist es, um nur ein Beispiel anzuführen, den Insassen nicht gestattet, Messer und Gabel zu benutzen. Sie müssen sich den Aufstrich mit dem Finger auf das Brot streichen. Da Schulrat Meyer magenkrank ist, wird dringend gewünscht, daß ihm gewisse Erleichterungen gestattet werden.

Auf der Liste der Memelländischen Volkspartei, auf der Schulrat Meyer an dritter Stelle kandidiert, bleibt er auch nach seiner Verhaftung. Am Montag vor-

Ersuchen die Genehmigung erhalten, daß Schulrat Meyer die Kandidatenliste unterzeichnet. Daraufhin begaben sich mehrere Herren der Volkspartei nach dem Gefängnis, wo Schulrat Meyer die erforderlichen Unterschriften gegeben hat.

Kriegsgericht?

Wie die „Vilnius Bintos“, das Blatt der litauischen Linksposition, wissen will, wird sich der verhaftete Schulrat Meyer vor einem Kriegsgericht zu verantworten haben. Ihm wird zur Last gelegt, sich gegen den Paragraphen 108 des alten russischen Strafgesetzbuches vergangen zu haben.

Die Verhaftung des Führers der memelländischen Volkspartei, Schulrats Meyer, und des Reichsdeutschen Becker dürfte nach Auffassung deutscher juristischer Kreise (die in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ zum Ausdruck kommt) große Komplikationen im Hinblick auf die Rechtmäßigkeit der ergriffenen Maßnahmen zur Folge haben. Selbst wenn Meyer und Becker sich Litauen gegenüber unloyal verhalten hätten (was bei Meyer völlig ausgeschlossen ist! D. Schrift), wird bezweifelt, ob die Verhaftungen auf Grund des Kriegszustandes vorgenommen werden könnten.

Über die Berechtigung zu dessen Ausdehnung auf das Memelgebiet besteht nämlich überhaupt noch keine Klarheit, ebenso auch nicht über die Anwendung des § 108 des alten russischen Strafgesetzes vom Jahre 1903, der nach folgendem Wortlaut „ein russischer Untertan, welcher den Feind, in dessen kriegerischen oder sonstigen gegen Russland gerichteten feindlichen Unternehmungen begünstigt oder ihm Vorhub leistet, und sich hierdurch der Spionage schuldig macht, wird mit dem Tode bestraft“, jetzt gegen Schulrat Meyer angewandt wird. Man hegt große Zweifel, da der Schwerpunkt des Vergehens gegen diesen Paragraphen auf dem Wort „Feind“ und „feindlich“ beruht. Sollte das nun Deutschland oder das Memelgebiet sein?

Republik Polen.

Marschall Pilsudski bei König Karl.

Bukarest, 15. April. (PAT) Marschall Pilsudski stattete gestern dem König Karl von Rumänien einen Besuch ab. Eine Stunde darauf, nachdem er das königliche Palais verlassen hatte, machte König Karl dem Marschall im Gesandtschaftsgebäude einen Gegenbesuch. Die Unterredung dauerte über eine halbe Stunde.

Justizminister a. D. Wyganowski †.

Warschau, 15. April. (PAT) In der gestrigen Nacht ist der ehemalige Justizminister Wyganowski, der in der letzten Zeit Richter des Obersten Verwaltungsgerichts war, im 64. Lebensjahr gestorben.

Konsul Molly in Lodz.

Der Präsident der Republik hat dem deutschen Konsul, Dr. Walter Molly, für das Gebiet der Stadt Lodz und die Lodzer Wojewodschaft mit dem Sitz in Lodz die Erexatur erteilt.

Nenes polnisch-russisches Grenzabkommen.

Wie wir vor einigen Tagen meldeten, wurde in Moskau im Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten zwischen Polen und Sowjetrußland ein Abkommen unterzeichnet, durch das die Rechtsverhältnisse an der polnisch-sowjetischen Grenze geregelt werden. Das Abkommen legt beiden Parteien die Pflicht auf, die Grenze eichen instand zu halten, es regelt die Frage der Überschreitung der Grenzen durch Amtspersonen, sieht einige Erleichterungen im Grenzverkehr, sowie beim Fischfang in den Grenzwässern vor.

Kleine Rundschau.

Vulkanausbruch im Kaspiischen Meer.

Auf der Insel Swinot im Kaspiischen Meer, 20 Meilen südlich von Baku, brach plötzlich ein Vulkan aus. Fünf Inselbewohner fanden in der glühenden Lava den Tod. Ein in der Nähe befindlicher Dampfer konnte 18 Inselbewohner retten, die mit schweren Brandwunden nach Baku gebracht wurden.

Keine Menschenverluste bei den Vulkanausbrüchen in Chile.

Santiago, 15. April. (Eigene Drahtmeldung) Wie von der Chilenischen Regierung amtlich mitgeteilt wird, haben die Vulkanausbrüche auf chilenischer Seite der Anden bisher kein Menschenleben gefordert.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 15. April 1932.
Arakau - 1,93, Jawischöft + 2,70, Warischau + 2,70, Bloct + 3,92, Thorn + 4,60, Norden + 4,42, Cium + 4,58, Graudens + 4,82, Kurzebrat + 5,27, Biebel + 5,22, Dirschau + 5,20, Einlage + 3,24, Schlewenhorst + 3,02.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 15. April.

Bewölkt.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet bewölktes und wieder milderes Wetter mit nachlassenden Regenfällen an.

Aus dem Stadtparlament.

Die gesetzige öffentliche Sitzung des Bromberger Stadtparlaments war nur von kurzer Dauer. Sie begann pünktlich gegen 6.30 Uhr abends, da die Versammlung diesmal ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Stadtväter beschlußfähig war, indem die Sitzung in der vorigen Woche wegen Beschlussfähigkeit vertagt werden mußte. Auf der Tagesordnung standen nur wenige Punkte, die Aussprache war sehr sachlich und kurz, so daß die Sitzung schon um 7.30 Uhr ihren Abschluß fand.

Eingeleitet wurde die Sitzung durch den Stadtverordneten-Vorsteher Beyer mit der Verlesung eines Schreibens des Regierungskommissars Kieliski, in dem dieser davon Mitteilung macht, daß er infolge seiner Versetzung nach Lódz Bromberg verläßt. Der Stadtverordneten-Vorsteher fügte hinzu, daß er dem scheidenden Regierungskommissar einen offiziellen Abschiedsbesuch abgestattet und von ihm die Erklärung entgegengenommen habe, daß er ungern aus Bromberg scheide, da er bei den städtischen Körperschaften stets ein großes Entgegenkommen gefunden und mit diesen in voller Eintracht zusammengearbeitet habe. Im Zusammenhange damit dürfte ein offener Brief nicht uninteressant sein, den der scheidende Regierungskommissar in der „Gazeta Bydgoska“ vom 15. April veröffentlicht hat. In diesem Schreiben heißt es u. a.: „Es beruht nicht auf Wahrheit, als ob ich in den Ruhestand versetzt worden wäre, wahr dagegen ist, daß ich weiterhin im Amt bin. Weil meine Versetzung nach Lódz — obwohl sie mit einer Beförderung verbunden ist — entgegen meinem Willen erfolgte, da es nicht in meiner Absicht lag, Bromberg zu verlassen, habe ich bei den vorgesetzten Behörden den Antrag gestellt, weitere Ermittlungen zur Klärung der gegen mich erhobenen Angriffe anzustellen. Damit werden die phantastischen Gerüchte, die durch Boshaftigkeit oder persönliche Antipathie entstanden sind, zerstreut werden.“

In Erledigung der Tagesordnung wurde zunächst ein Beschluß des Magistrats angenommen, in dem es heißt: „Der Magistratsbeschluß vom 9. Februar und vom 2. März 1921 über die Einführung einer speziellen Steuer von Bauplänen wird aufgehoben und beschlossen, die erwähnte Steuer vom 1. April 1922 ab in der Form eines Kommunalzuschlags zu der Staatssteuer von Bauplänen in Höhe von 100 Prozent nach den Grundsätzen der Bemessung dieser Staatssteuer zu erheben.“ Ohne Debatte wurde ferner der von dem Wojewoden in Posen bestätigte Tarif für die städtischen Krankenhäuser zum Beschluß erhoben. Der neue Tarif sieht die Verringerung der vom Magistrat am 14. März d. J. beschlossenen und von der Stadtverordnetenversammlung angenommenen Sätze vor.

Zum Schluss wurden verschiedene inzwischen eingelaufene Anträge verlesen, darunter ein Antrag der sozialistischen Fraktion, für die Kinder der Bergarbeiter im polnischen Kohlenrevier, die längere Zeit gestreift hatten, eine Beihilfe von 10 000 Złoty zu bewilligen. Der Antrag wurde von dem Redner der Sozialistischen Fraktion damit begründet, daß die Bergarbeiter gestreift hätten, weil man ihnen die Löhne gekürzt hätte, ihre Kinder aber in der Zeit gehungert haben und physisch heruntergekommen seien. Andere Städte, wie z. B. Warschau und Lódz hätten größere Beträge für diesen Zweck hergegeben, und Bromberg habe als eine der größten Städte Polens die moralische Pflicht, sich auch an dieser Hilfsaktion zu beteiligen. Der Vizepräsident Dr. Chmielarski wies auf die materielle Notlage der Stadt und auf die große Zahl der in Bromberg lebenden unterstützungsbefürchtigen Arbeitslosen hin und vertrat den Standpunkt, daß die Stadt für derlei Zwecke kein Geld übrig habe, zumal man die hiesigen Arbeitslosen auch nur durch Kürzung verschiedener Haushaltsspositionen notdürftig unterstützen könne. Der sozialistische Antrag wurde schließlich der Finanzkommission überwiesen, die prüfen soll, ob die Stadt Bromberg in der Lage ist, auch zu einer Hilfsaktion für auswärtige Kinder eine Spende herzugeben.

Die öffentliche Sitzung fand ihren Abschluß mit der Verlesung eines Schreibens des Graphischen Verbandes für die Wojewodschaft Posen und den Neubedirkt, in welchem der Stadtverordnetenversammlung die Anerkennung darüber ausgesprochen wird, daß sie in einer der letzten Sitzungen die Interessen ihrer Bürger objektiv und sachgemäß dadurch vertreten habe, daß sie gegen die unsaurere Konkurrenz auftrat. Es handelt sich um die Bromberger „Schule für Handel und Industrie“ (die frühere Kunstgewerbeschule), für die der Magistrat im Stadthaushalt einen Betrag von 20 000 Złoty für „die Instandhaltung des Schulgebäudes“ eingesetzt hatte. In der damaligen Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß die Gewerbeschule Druckerei-Aufträge entgegennahme, die sie zu einem lächerlich billigen Preise liefern, da die Arbeiten von den Lehrlingen ausgeführt würden, die die Betriebe für den Fortbildungsschulunterricht überlassen müssen. Dadurch werde den Druckereien in unerhörter Weise Konkurrenz gemacht, die steuerzahllenden Unternehmen würden geschädigt und bestimmten Händlern Vorschub geleistet. Die Versammlung beschloß daraufhin, diesen vom Magistrat beantragten Betrag von 20 000 Złoty zu streichen.

Nachdem die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erschöpft war, wurde in eine geheime Sitzung eingetreten.

Die Sonntage zwischen Ostern und Pfingsten.

Der erste Sonntag nach Ostern, gewöhnlich „Weißer Sonntag“ genannt, führt auch die Bezeichnung „Ouaśniodogeniti“. Der Lateiner wird gleich erraten, daß dies eigentlich drei Wörter sind. Damit beginnt nämlich der Eingang der Messe an diesem Tage. Es sind die Worte des Heiligen Petrus, die den neugeborenen Kindern gelten, die nach der geistigen Milch des Glaubens verlangen. Quasi modo geniti infantes, deutsch: Wie die neugeborenen Kinder. Der zweite Sonntag nach Ostern heißt Misericordia Domini; fortlaufend ist: plena est terra. Auch dies sind die Eingangsworte der Messe; sie heißen auf

Bei Regen, Wind und Schnee

verlangt Ihre Haut sehr sorgfältige Behandlung mit

NIVEA-CREME

Reiben Sie allabendlich Gesicht und Hände gründlich ein. Aber auch am Tage, bevor Sie ausgehen, können Sie Nivea-Creme auftragen; sie dringt vollkommen in die Haut ein und hinterläßt keinen Glanz. Nivea-Creme gibt Ihnen den Teint der Jugend; frisch und gesund wird Ihr Aussehen.

Der Unterschied gegenüber den Luxuscremes:

Nivea-Creme: Höchste Wirksamkeit, aber billiger.



Nivea-Creme: Zt. 0.40 bis 2.60



deutsch: Der Huld des Herrn ist voll die Erde. Am dritten Sonntag nach Ostern beginnt die Messe mit den Worten: Jubilate Deo, frohlockt Gott; daher führt dieser Sonntag den Namen Jubilate. Der vierte Sonntag heißt Cantate, wiederum nach den Eingangsworten Cantate Domino canticum novum, das heißt: Singt dem Herrn ein neues Lied. Der fünfte Sonntag führt den Namen Nogate von rogo — bitten, rogatio — die Bitte. Die Bezeichnung röhrt hier nicht von den Eingangsworten der Messe her, sondern findet ihre Erklärung darin, daß dem fünften Sonntag die sogenannte Bittwoche folgt, das heißt, die drei nächsten Wochentage bis Christi Himmelfahrt sind Bittage oder Rogationsstage. Die Enthaltung dieser Bittage datiert aus dem 5. Jahrhundert. Um die Mitte dieses Jahrhunderts ordnete Bischof Mamertus von Vienne drei Süßnetage an, um das durch verschiedene Unglücksfälle und Naturkatastrophen niedergedrückte Volk wieder zu ermutigen. Bald wurde diese Einrichtung, die anfänglich nur im südlichen Frankreich Geltung hatte, allgemein übernommen, so daß jetzt diese Bittage, verbunden mit Flurprozessionen, namentlich auf dem Lande stattfinden. Ihr Zweck besteht darin, geeignetes Wetter für die Feldfrüchte zu erflehen, wie dies auch in der Epistel der Bittage zum Ausdruck kommt, wo nach dem Gebet des Elias der Himmel Regen gab und die Erde neue Früchte hervorbrachte. Der sechste Sonntag nach Ostern, zugleich der letzte vor Pfingsten, heißt Exaudi, denn an diesem Tage beginnen die Eingangsgebete mit den Worten: Exaudi, Domine, vocem meam; erhöre, Herr, meine Stimme.

— falls sie nichts darin finden — in einem anderen Stadtteil wieder in den Briefkasten. Es ist dabei selbstverständlich, daß sie alle lose an den Briefen haftenden Marken entfernen. Die Polizei hat bereits energische Untersuchung eingeleitet. Es steht zu hoffen, daß es den gemeinsamen Bemühungen der Polizei und der Bevölkerung gelingen wird, diese „Briefkasten-Spezialisten“ unschädlich zu machen.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Sonnabend, 8 Uhr: Vortrag für Männer u. j. Männer. Sonntag, 4 Uhr nachm.: Jugend und -Jahrestag (Gemeinschaftshaus, Marcinkowskiego Strzicherstr.). Thema: Freie Jugend. Redner Pred. Folpert-Schneidemühl. Eintritt frei. (Siehe Anzeige.)

1722

Deutsche Bühne Bydgoszcz T. 3. Auf die am Sonntag, 17. April, nachmittags 4 Uhr, stattfindende unwiderrücklich letzte Aufführung von Goethes Faust I und II weisen wir nochmals empfehlend hin. Durch die herabgefallenen Preise (der Fauteuil-Platz beträgt außerdem nur den Preis des ersten Platzes), in jedem die Möglichkeit gegeben, die Aufführung wahrzunehmen. Niemand versäume diese letzte und billige Gelegenheit, Goethes unterbliebenes Werk kennen zu lernen. Beginn 4 Uhr. Große Pause 7.45 bis 8.30 Uhr. Ende gegen 11 Uhr. Man sichere sich sofort Karten in der Johnischen Buchhandlung, Gdańsk. Tel. 422. 3991

Crone, 14. April. Der heutige Wochenmarkt war gut besucht. Es kosteten: Butter 1.20—1.40, Eier 0.80—1.00, Quark 0.25—0.35 das Pfund, junge Tauben 1—1.20 das Paar, Kartoffeln 1.80—2.20 der Bentner. Fette Schweine brachten 38—45 Złoty pro Bentner, Absatzferkel 25—32 Zł. das Paar. — Am 21. d. M. findet hier ein Kraam-, Vieh- und Pferdemarkt statt.

Crone (Koronowo), 14. April. Kürzlich wurden bei dem Böttcher Schliefer in Witoldowo ungefähr 4—5 Bentner Unkrautsamen auf 5 Morgen Roggensaat gestreut. Sch. hatte im vergangenen Jahre bereits unter einem ähnlichen Nachkult zu leiden; damals wurden einige Morgen unreifes Getreide abgemäht. Den Tätern ist man bereits auf der Spur.

v. Argonau (Gnielkowo), 14. April. Auf dem heutigen Wochenmarkt herrschte ein außerordentlich starker Verkehr. Man zahlte für Butter 1.20—1.40, Eier die Mandel 0.80—1.00 und Kartoffeln den Bentner 2.50—3.00. Die Schweinepreise haben ganz wesentlich angezogen. Fett-Schweine wurden mit 50—55 Złoty der Bentner, Absatzferkel mit 18—20 Złoty das Paar und Läuse mit 35—40 Złoty das Stück gehandelt.

z. Nowyrocław, 13. April. Tenres Getreide. Auf der Anklagebank saßen zwei Diebe, der Arbeiter Stanislaw Matajeczak und sein Schwager Josef Dalwas, beide aus Nowyrocław. Sie sind des Einbruchs und Diebstahls angeklagt. Am 18. Januar d. J. waren die Angeklagten durch Herausnahme von Dachbrettern in die Windmühle des Besitzers Gustav Schülke in Jordanowo bei Słotniki-Lesie, eingedrungen und hatten dort 4 Bentner Mischgetreide und 3 Bentner Schrot entwendet. Nach kurzer Beratung verurteilte das Gericht die beiden hartnäckigen Leugner zu je 1 Jahr Zuchthaus. Matzelhalter Einbruch in der Deutschen Spar- und Darlehnskasse Radlowo Kreis Mogilno. Der Landwirt Hermann Steinmeier aus Radlowo Kreis Mogilno ist gleichzeitig Verwalter der Deutschen Spar- und Darlehnskasse Radlowo und hat am Sonnabend vergangener Woche aus Bromberg 6000 Złoty Bargeld erhalten. Am Sonntag früh wurde Steinmeier an Händen und Füßen gefesselt und mit einem Knebel im Mund aufgefunden. Nach seiner Aussage seien in der Nacht unbekannte Personen mit Hilfe einer Leiter durch das Dach in die Wohnung eingestiegen, haben ihn gefesselt, das Geld an sich genommen und sind wieder verschwunden. Die eingeleitete Untersuchung wird klarheit in dieser Angelegenheit schaffen.

Budzyn, 13. April. Da die Tochter des Landwirts Krzemian aus Aschendorf bei Budzyn von ihren Angehörigen seit Sonntag vermisst wurde, begab man sich auf die Suche. Das Mädchen wurde am Montag früh als Leiche in dem Brunnen des Hauses ihrer Eltern gefunden. — Ob Selbstmord oder Unglücksfall vorliegt, ist unbekannt.

z. Gniezen (Gniezno), 14. April. Schon wieder sind im Dorfe Weinica, Kreis Gniezen, Diebstähle verübt worden. So wurde der Landwirt Antoni Garstka in einer der letzten Nächte heimgesucht. Die Diebe stellten eine Leiter, welche sie sich im Nachbardorf von dem Besitzer Semler aneigneten, an ein Bodenfenster und entwendeten von dort 25 Pfund Kleesamen, 10 Pfund Reisgras, Federn, Wäsche, Räucherware und Bekleidungsstücke im Gesamtwert von 400 Złoty. Von hier begaben sich die Spitzbuben zu dem Besitzer August Schwarze nach Janówko. Sie wurden aber von Sch. bemerkt und durch Gewehrschüsse vertrieben. — In einem dritten Falle mußte der Besitzer Arthur Blaß in Orchol einen „nächtlichen Besuch“ hinnehmen. Hier stahlen die Diebe sämtliche Hüerner. — Auf der Chaussee von Gniezno—Strzyżewo Koźle ist von Banditen schon zum zweiten Male die Muttergottesfigur total vernichtet worden.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Herpe; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. a. o. v., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 87

Bromberg, Sonnabend den 16. April 1932.

Pommerellen.

15. April.

Graudenz (Grudziadz).

Das Wasser fällt. Wie vorausgesagt, hat die Weichsel am Mittwoch ihren Kulminationspunkt erreicht. Am folgenden Tage nachmittags 1.30 Uhr zeigte der Pegel gegen den Mittwoch ein Weniger von 33 Zentimetern, somit 5,10 m über Null. *

Eine Haydn-Feier ist in Graudenz auch auf polnischer Seite veranstaltet worden. Sie fand am Dienstag abend in der Aula des klassischen Gymnasiums statt. Die Veranstalterin war die sog. Christliche Arbeiter-Universität (Chr. Universität Robotniczy). Zu der Feier hatte sich ein sehr zahlreiches Publikum eingefunden, das mit Interesse dem Vortrage des Vorsitzenden des hiesigen Musikvereins (Tow. Muzycznego), W. Gańcza, folgte. Sodann spielten die Herren Tomaszewski (Klavier), Haß (Violine) und Sauewski (Cello) einige Kompositionen Haydns. Herr Kornicki und Frau Piekarzka sangen eine Sonate und Herr Borczewski sang mehrere Haydnische Lieder. Zum Schluße spielte das Orchester des 65. Inf.-Regiments unter Leitung seines Kapellmeisters, Pts. Hryniwicz, eine Sinfonie. *

Den Arbeitslosen, die eine der vom Magistrat zur Verfügung gestellten Kartoffel- und Gemüseparzellen übernehmen wollen, wird amtlich bekanntgegeben, daß sie sich täglich in der Zeit von 9—1 Uhr auf dem Magistrat, Abteilung für soziale Fürsorge, melden können. Für die Zuweisung der Parzellen kommen nur Arbeitslose in Betracht, die Familienväter sind und von der Notstandsaktion erfaßt werden. *

Gegen Verkehrsverstöße geht die Polizei augenblicklich recht scharf vor. Nicht weniger als sieben Chauffeure wurden, wie der Polizeibericht besagt, wegen Übertretungen der Verkehrsordnungen zur Anzeige gebracht. Neben den Autolenkern „erfreuen“ sich die Radler zurzeit der besonderen Aufmerksamkeit der Polizeiorgane. Es wurden gleichfalls 7 Radfahrer vermerkt, die gegen die Verkehrsregeln verstößen haben. *

Nächtlicher Lüher Diebeszug. In der Nacht zum Mittwoch haben mehrere Einbrecher dem Südrücke- u. w. Lager von Dr. Bielkowski, Speicherstraße (Sępówko 10), einen Besuch abgestattet. Sie begaben sich von der Weichselseite aus zunächst zu den Räumlichkeiten des Malermeisters Glaert, von hier auf das Dach dieses Gebäudes und kamen dann auf das Dach des benachbarten Hauses, in dem sich das Bielkowskische Lager befindet. Nach Entfernung einiger Dachziegel gelangten die Einbrecher auf den Boden, und von dort aus zu dem Südrücke- u. w. Magazin, wo sie eine größere Menge Apfelsinen, Schweizerläuse und einige Kistchen Räucherheringe im Gesamtwerte von etwa 200 Złoty stahlen. *

Bestohlen worden ist laut letztem Polizeibericht Elzbieta Drzobowska, Culmerstraße (Chełmińska) 81, um einen Geldbetrag von 390 Złoty. *

Stückgütern beladenen Schleppkahn die Stadt. Die Salondampfer „Faust“ und „Warnenczyk“ starteten nach Warschau, „Rafetus“ nach Danzig. Salondampfer „Reduta Ordona“ traf aus Warschau hier ein. **

t. Standesamtliche Nachrichten. In der Woche vom 3. bis 9. April gelangten beim hiesigen Standesamt zur Anmeldung: 21 eheliche Geburten (13 Knaben, 8 Mädchen), 2 uneheliche Geburten (Knaben), 1 Totgeburt (Knabe), ferner 17 Todesfälle, darunter 7 männliche und 10 weibliche Personen. Von den Verstorbenen standen 6 im Alter über 60 Jahre und 1 Kind im ersten Lebensjahr. In demselben Zeitraum wurden 10 Eheschließungen vollzogen. **

t. Betreffend Auslegung des Rattengifts „Ratopax“ wird daran erinnert, daß dies gemäß der Anordnung des Burstarosten am 15. und 16. d. Ms. zu erfolgen hat. **

v. Skelettfunde. Die bei den Arbeiten zum Bau der ul. Tranguita beschäftigten Arbeiter gruben unmittelbar neben dem sogenannten Cholerakirchhof sechs menschliche Skelette aus. **

t. Aus dem Gerichtssaal. Auf der Anklagebank des Bezirksgerichts nahmen neulich folgende rückfällige Diebe Platz: der mehrmals vorbestrafte Zygmunt Papernik, der 23jährige Józef Szela, der 29 Jahre alte Jan Bagrowski, sowie Józef und Johanna Tomezyk, sämtlich in den Unterständen an der Schulstraße (ul. Sienkiewicza) wohnhaft. Die drei Erwähnten haben in einer Januaracht aus der Waschküche des Majors Lesniawski mittels Einbruchs für etwa 300 Zł. Wäsche gestohlen und diese den beiden anderen zum „Verwerthen“ übergeben. Da sie sich schuldig bekannten, wurde auf die Vernehmung der Zeugen verzichtet. Papernik wurde zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt, Szela zu 1 Jahr Gefängnis, Bagrowski zu 6 Monaten Gefängnis und die beiden Tomezyk zu je 3 Monaten Gefängnis mit Straffschub auf 2 Jahre. Den Angeklagten wurde ihr Geständnis, eine gewisse Reue und der Umstand, daß die Wäsche zurückgegeben wurde, zugute gerechnet. **

In lebensgefährlichem Zustande wurde die erst 21 Jahre alte Hausangestellte Stanisława Kowalska aus der Gerefstraße (ul. Chrobrego) Mittwoch vormittag in das Städtische Krankenhaus eingeliefert. Die Genannte wollte sich durch Lysol das Leben nehmen. **

Wegen Einbruchsdiebstahls wurden der 30 Jahre alte Jan Rajna aus der Strohbandstraße (ul. Małej Garbarskiej) 22 und der um 5 Jahre jüngere Stefan Ryglo, ebenfalls wohnhaft, am Mittwoch verhaftet und der Staatsanwaltschaft übergeben. Außerdem erfolgten noch je eine Festnahme wegen gewöhnlichen Diebstahls, sowie drei Festnahmen wegen Verstoßes gegen sittenpolizeiliche Vorschriften. Einem Betrunkenen wurde auf der Wache Gelegenheit zur Ausnüchterung gegeben. Zur Anmeldung gelangten am Mittwoch sieben Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften und zwei kleinere Diebstähle. **

v. Podgorz (bei Thorn). Vom Gaswerk. In der letzten Stadtverordnetenversammlung referierte Stadtrat Głogowski, wie noch nachzufragen ist, über den Bericht der Gasanstaltskommission. Die von einem Spezialisten der Pommerellischen Wojewodschaft vorgenommene Besichtigung des Gaswerks zeitigte kein erfreuliches Ergebnis. Es wurde auf den großen Gasverlust, die Unordnung in dem

Bei Kopfschmerzen, Schwindel, Ohrensausen, gestörttem Schlaf, schlechter Laune, gereizter Stimmung greife man sofort zu dem altbewährten „Franz-Josef“-Bitterwasser. In Apoth. u. Drog. erh. (2474)

Arbeitsraum und andere Missstände hingedeutet. Die beantragte Erhöhung der Preise für Strom und Gas wurde abgelehnt. **

d. Gdingen (Gdynia), 14. April. Einen Einbruch sind es bestohlt verübten unbekannte Diebe. Sie drangen in die Wohnung der J. Szczęsny in der Johannistraße ein und stahlen eine große Menge Wäsche im Werte von 1200 Złoty. Von den Tätern fehlt jede Spur. — Durch leichtsinniges Hantieren mit der Schußwaffe verwundete sich schwer der Zollbeamte J. Proniuk. Er mußte in bedenklichem Zustand ins Krankenhaus gebracht werden. — Vom Auto überfahren wurde der 14jährige Radfahrer Leo Cikiewicz. Er erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Der schuldige Chauffeur Radzikowski wurde verhaftet. — Feuer entstand im Hause des Handwerkers Byla. Durch Unvorsichtigkeit wurde eine Petroleumlampe umgeworfen, wodurch die Möbel Feuer fingen. Die ganze Zimmereinrichtung wurde ein Raub der Flammen. Dank sofortiger Hilfe konnte ein Ausbreiten des Feuers verhindert werden. — Diebe brachen in die Lagerräume der Firma „Export-Import“ ein und stahlen verschiedene Waren im Werte von 1250 Złoty.

a. Schweiz (Świecie), 13. April. Bei dem Lehrer J. Czapinski in Terespol hiesigen Kreises drangen in der Nacht zum Montag Diebe durch ein Fenster in die Wohnung ein und entwendeten dort zwei Herrenanzüge und einen Posten Wäsche. — In der Nacht zum Freitag haben Diebe in Ostrów bei dem Landwirt Boleslaus Wittkowski eine Anzahl Obstbäume ausgerissen und gestohlen, auch mehrere Buchsbäume stark beschädigt. — In Bzowo hiesigen Kreises wurden dem Landwirt Johann Kowina 50 Kilo Räucherwaren aus dem Keller gestohlen. — Zwischen den Stationen Osie und Cieniem stahlen Diebe in einer Nacht 65 Meter Telegraphendraht.

h. Soldan (Działdowo), 14. April. Brandstiftung. Die Einwohnerfrau Lipińska bemerkte, daß es auf dem Boden des Wohnhauses, das dem Wladyslaw Skomowski gehört, brannte. Sofort alarmierte sie die Haushbewohner, denen es gelang, unter Aufsicht aller Kräfte das Feuer zu löschen. Hierbei zeigte es sich, daß alle unbewohnten Räume wie Hausboden, Bodenammer usw. mit Petroleum begossen waren. Die Polizei hat eine strenge Untersuchung eingeleitet, um den Brandstifter zu ermitteln.

Tragischer Tod einer Geisteskranken. Als der Landwirt Wrobel aus Zalewino und seine Frau zum Wochenmarkt nach Soldan fuhren, ließen sie ihre 30 Jahre alte geistesgestörte Tochter zu Hause. Bei der Heimkehr vom Markt fanden sie diese nicht zu Hause vor. Auf der Suche nach der Vermissten fand man ihre Leiche in der Działdowka. Das Gericht hat die Leiche zur Beerdigung freigegeben, da ein Verbrechen nicht vorliegt. — Beim Fahren von Banholz zum Sägewerk in Grottkau (Grodko) fiel der Arbeiter Dabrowski aus Priom von der Ladung herunter. Das eine Rad ging ihm über den Körper. D. mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Thorn (Toruń).

Aus dem Stadtparlament.

k. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde zunächst die Angelegenheit der Erhaltung des Stadttheaters und einiger damit verbundener Änderungen im Budget für das Jahr 1932/33 beraten. Die Angelegenheit wurde im Sinne der Magistratsvorlage durch Bewilligung von 16 500 Złoty für die Ausgaben des Theaters erledigt. Die in der vorigen Sitzung beschlossene Subvention in Höhe von 12 500 Złoty wurde infolge gewisser Änderungen im Budget sowie wegen der Notwendigkeit der Deckung des in Verbindung mit den Notstandsarbeiten entstandenen Defizits gestrichen. Ein Dringlichkeitsantrag betraf den Vertrag zwischen dem Magistrat und der Krankenkasse wurde angenommen. Weiter wurde das Protokoll über die am 3. 3. 1932 vorgenommene Revision der städtischen Kassen genehmigt. Den folgenden Beratungsgegenstand bildete die Angelegenheit der Rückzahlung der erhobenen Wegefeuer. Der Ausschuß schlug die Niederschlagung dieser Sicher vor. Es wurde schließlich beschlossen, die Angelegenheit bis zum Dezember d. J. zu verlagern. Ferner wurde durch einen speziellen Beschluß der Magistrat zur Ausstellung von Wechseln bis zum Höchstbetrage von 150 000 Złoty im Rahmen des Budgets ermächtigt.

Eine mehrstündige Debatte rief die Angelegenheit der Aufbringung von Mitteln für die weitere Beschaffung der Arbeitslosen bei den Notstandsarbeiten hervor. Der Magistrat beantragt zu diesem Zweck: 1. Erhöhung der Schlachtabfuhr im Schlachthause, 2. einen 25prozentigen Zuschlag zur Grundstückssteuer, 3. eine Erhöhung der Strom- und Gaspreise um 5 Prozent von der Schlussrechnung, 4. eine Erhöhung der Straßenbahnschaffart von 20 auf 25 Groschen. Die sich hieraus ergebenden Mehrentnahmen werden mit etwa 460 000 Złoty veranschlagt. Die von dem Magistrat beantragten Erhöhungen wurden, nachdem viele Redner hierzu das Wort ergriffen hatten, angenommen. Zur Regelung der Angelegenheit der Rückzahlung der Preisdifferenz für die den Arbeitslosen verabfolgten Produkte soll eine Verständigungskommission gewählt werden. Schließlich wurde von der PP ein Antrag auf Erteilung eines Mitherausvotums für den Stadtverordnetenvorsteher, Rechtsanwalt Michael, wegen Nicht beachtung mehrerer von dieser Fraktion für dringend erachteter Anträge, die bereits in einer der letzten Sitzungen angemeldet wurden, eingebracht. Der Antrag wurde dem Vorsitzenden zur Stellungnahme überhandt. An die öffentliche schloß sich eine geheime Sitzung an. **

Das Weichselhochwasser geht stark zurück. Von Mittwoch bis Donnerstag fiel der Wasserstand um 45 cm auf 4,79 Meter über Normal. — Auf der Fahrt von Warschau nach Danzig bzw. umgekehrt passierten Dampfer „Atlantik“ mit Stückgütern und Dampfer „Fortuna“ mit einem mit

Graudenz.

Deutsche Bühne

Grudziadz.

Sonntag, d. 17. April 32

um 15 Uhr

im Gemeindehaus

Schluß der

diesjährig. Spielzeit.

Ehren-Abend für Herrn

Walter Ritter jr.

zu seiner



Theater-Mitwirkung.

Zu dieser letzten Auf-
führung für die Mit-
glieder der Deutschen
Bühne und Gemeinde-
haus-Bewaltung

Vereins-Beschaffung

Bereitschaft

In der

Johannisnacht

Operette in 3 Akten von

Robert Gilbert.

Einheitlicher Preis auf

allen Plätzen zl. 2,20 einschließlich Steuer.

Die Mitglieder der Deutschen

Bühne u. d. Gemeinde-

haus-Bewaltung erhalten

in unserem Ge-
schäftsraum eine to-
tale Eintrittsfeste

nach ihrer Wahl; jede

weitere Karte zl. 2,20.

Zu dieser letzten Auf-
führung der wirkungs-
vollen Operette haben

auch Nichtmitglieder

Zutritt.

Wir bitten die Mit-
glieder, ihren Freiplatzschnellst abzuwer-
ten, da die Plätze der

Reihe nach ausgegeben

werden.

Im Anschluß daran

gemäßiges

Beisammensein.

S. C. G.-

Mitglieder

vergammeln sich jeden

Sonnabend im Club-

haus „Loge“, 3980

Familien-Abend.

Bruteier, 40 gr. Spe-
zial, gelb. Bla-
Rods u. Zwerg.
à 40 gr. Grams.
Grudziadz. Tel. 616

2745

Hebamme

erteilt Rat, nimmt Be-

auf, entgegen. Diskret.

Gebr. Schiller, Ma-

lermeister, Browarua 9.

Toruń. zw. Jakuba 15.

Malerlehringe

von sofort gefüllt. 2500

Stück. entgegen. Diskret.

Friedrich.

T. 2742

Anzeigen

für die

„Deutsche Rundschau in Polen“

nimmt in Culmsee

zu Originalpreisen entgegen

Lindemann, Culmsee.

Alle Culmser Anzeigen

für die abends um 7½ Uhr erscheinende
Zeitung müssen einen Tag vorher,
bis 6 Uhr abends bei der Zweitstelle

Lindemann aufgegeben sein.

367

Lindemann aufgegeben sein.

m. Dirshau (Tczew), 14. April. Das diesjährige Frühjahrshochwasser der Weichsel hatte am 13. d. M. eine Höhe von 5,56 Meter über Normal erreicht und ist jetzt bereits im Falle begriffen. Man hatte auf einen höheren Wasserstand gerechnet. Stromaufwärts ist der Wasserspiegel bereits 0,50 Meter gesunken. — Die heisige Schifffahrtsgesellschaft "Bistula" hat ihren Dampferverkehr für Personen und Frachttransporte auf der ganzen Weichsel wieder aufgenommen. — Mit Beginn der milden Witterung sind die Arbeiten am Sportstadion, an der Polbauerstraße gelegen, wieder aufgenommen worden. Man hofft, daß die Anlage des Sportplatzes noch in diesem Jahre beendet wird.

y. Strasburg (Brodica), 14. April. Der heutige Wochenmarkt war lebhaft besucht. Es kostete Butter 1,40—1,60, Eier 0,80—0,90, Weißkäse 0,35. — Ein Unglücksfall ereignete sich in der staatlichen Forst Szabla. Holzarbeiter waren damit beschäftigt, einen Baumstamm zu zerschneiden. Der Baumstamm kam dabei ins Rollen und drückte einen Arbeiter zwischen zwei Stämme, welcher schwer verletzt wurde, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Polen und die Friedenstraktate.

Wie wir bereits berichteten, wurde in der letzten Sitzung des Großen faschistischen Rates in Rom eine Entschließung angenommen, in der u. a. die Notwendigkeit betont wird, auf dem Gebiet des Völkerbundes die Klauseln der Friedenstraktate zu prüfen, in denen die Quelle der Beunruhigung der Völker sowie einer neuen Kriegsgefahr liegt. Zu dieser italienischen Anregung nimmt nun die nationaldemokratische "Gazeta Warszawska" in einem längeren Aufsatz Stellung der folgende Gedankengänge enthält:

In Rom ist schon des öfteren gesagt worden, daß die Traktate nicht ewig seien. Dies ist eine Wahrheit, die durch eine tausendjährige Erfahrung festgestellt ist. Man sprach von der Notwendigkeit einer Revision der im Jahre 1919 abgeschlossenen Traktate, wies aber niemals darauf hin, um welche Bestimmungen dieser Traktate es sich handelt, und auf welche Weise diese Revision durchgeführt werden soll. Der Besluß des faschistischen Rates enthält einen neuen Hinweis, daß die Revision auf dem Gebiet des Völkerbundes vorgenommen werden sollte, und dieser Hinweis betrifft schon das Gebiet einer realen und aktuellen Politik. Ob die Leiter der italienischen Politik an die Möglichkeit der Verwirklichung dieser Forderung glauben wollen? Sie waren doch bis jetzt Realisten und Gegner der früheren heuchlerischen Diplomatie. Nun soll plötzlich der Völkerbund, der noch gestern die vollkommene Unfähigkeit bei der Lösung des japanisch-chinesischen Konflikts bewiesen hat, den Kriegen in Europa vorbeugen, welche sich aus tragischen Konflikten ergeben, die ihre tausendjährige Geschichte haben. Der siegreiche Krieg hat die territoriale Gestaltung in Europa geändert, die einen Frieden bringt, die anderen abschlägt. Ob aber die Wiederherstellung des Standes vor dem Kriege eine Befriedigung bringen könnte? Nehmen wir einige Beispiele, besehen wir uns jene Probleme, durch welche die Beunruhigung in die Welt hineingetragen wird. Hat doch die Teilung Polens im Laufe des ganzen 19. Jahrhunderts Beunruhigung hervorgerufen, drei Aufstände zur Folge gehabt, einen Einfluß auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen ausgeübt; war sie doch eine der Ursachen des Krieges (?), der im Jahre 1914 ausbrach. Der Vereinigung Polens hat die Polen beruhigt, jedoch Unzufriedenheit und Beunruhigung in Deutschland ausgelöst. Kann irgendwelche geschichtliche Denkender annehmen, daß die Wiederholung der Operation vom Jahre 1772 (und dies fordert Deutschland) durch die aufrichtige Genfer Institution verwirklicht werden und eine Beurteilung Europas bewirken kann? Wer so denken würde, der würde eine Rechnung machen, ohne das tapfere dreißig Millionen zählende polnische Volk in Betracht zu ziehen.

Würde Italien die Zukunft des Trentino vor das Forum des Genfer Gerichts bringen? Würde Rumänien auf Siebenbürgen verzichten? Würde Frankreich sich ruhig ein Genfer Geplapper in der Frage von Elsaß-Lothringen anhören? Man darf keine Einbildungskraft haben, um anzunehmen, daß eine Eröffnung der Aussprache über alle diese Fragen in Genf möglich wäre, und würde ein solches Wunder geschehen, so ist es klar, daß das Ergebnis ein kriegerischer Konflikt wäre. Ist doch in dieser Beziehung die bisherige Geschichte der Abrüstungskonferenz ziemlich lehrreich. Es gäbe keine bessere Art zur Entfesselung des Krieges als eben jene Revision auf dem Gebiet des Völkerbundes. Der Plan, eine Revision der territorialen Bestimmungen der Traktate auf die Tagesordnung in Genf zu setzen, ist unreal und ungeschickt. Da aber der Realismus und die geschichtliche Denkungsart Eigentümlichkeiten der Schöpfer und Leiter des Faschismus sind, so können wir ihnen nicht den Vorwurf machen, daß dieser Punkt des Beschlusses ernst zu nehmen sei.

Hieraus ergibt sich der Schluss, daß wir es mit einem Schritt auf dem Gebiet der politischen Taktik zu tun haben. Aus der Natur der Sache ergibt es sich, daß zwischen Frankreich und Italien nur entweder ein Zustand der vollkommenen Verständigung oder ein Zustand eines scharfen politischen Kampfes bestehen kann. (Das ist eine höchst ansehbare These! D. R.) Da es zu einer Verständigung nicht kommt, so sind wir Zeugen eines Kampfes auf allen Gebieten der Aktivität der gegenwärtigen Politik. Immer häufiger stellt sich Italien neben Deutschland, wenn es sich um die Tribut, um die Ausrüstung, um die Donau-Pläne usw. handelt. Bis jetzt haben wir keinen Beweis dafür gehabt, als ob der Widerstand Frankreichs gegenüber der italienischen Politik so weit ginge, um an der Schwächung oder Vernichtung seiner östlichen Bundesgenossen mitzuwirken. Würde Frankreich die Vernichtung Polens zulassen, so hätte es eine deutsche Invasion. Würde Italien sich ruhig die Zerschmetterung Frankreichs ansehen, so würde es zu einem Spaziergang für Deutschland (?) werden. —

Nachdem die "Gazeta Warszawska" also die polnische Frage in den Mittelpunkt des europäischen Geschehens gestellt hat, gibt sie ihrer Ansicht dahin Ausdruck, daß die Anregung Italiens keinen Widerspruch in London finden werde, daß die Sache ernst werde, und daß die Frage einer neuen Formulierung des Artikels 19 des Völkerbundstatuts in den Vordergrund des Interesses rücken

dürfe. Gleich wird das Blatt die Frage auf, was gegenüber allem die polnische Politik mache. Das Warschauer Blatt schreibt zum Schlus:

Weiß man denn in den Hauptstädten der Großmächte nicht, daß Polen jegliche Einmischung in seine Angelegenheiten ablehnen wird? Ohne wäre ein Volk, das auf Grund irgend eines Urteils das Problem der Unserheit seines Gebiets oder seine politische Unabhängigkeit hingeben würde. Polen würde daran verzachten, dem Völkerbunde anzugehören, wollte man aus dieser Institution ein Werkzeug der deutschen Pläne machen. Polen muß entschieden und radikal sich dem widersetzen, daß die Frage der Revision der Traktate auf die Tagesordnung des Völkerbundes gesetzt wird.

Polnische Anerkennung für Hindenburg und die deutsche Einheitsfront im Reich.

In einer Sonderausgabe vom 11. April, in der die Ergebnisse der Reichspräsidentenwahl bekanntgegeben werden, beschäftigt sich der Krakauer "Czas", das Hauptorgan der konservativen Gruppe des Regierungsblocks mit der Frage, weshalb man in Deutschland den Generalfeldmarschall von Hindenburg wiedergewählt habe. Das Krakauer Professorblatt findet anerkennende Worte für das Bündekommen der Hindenburg-Front in Deutschland und stellt dieser Tatsache die Haltung der polnischen Parteien bei ähnlichen Gelegenheiten gegenüber. In diesem Aufsatz heißt es u. a.:

Als vor sieben Jahren im zweiten Wahlgange die deutsche Rechtspartei die Kandidatur des Feldmarschalls von Hindenburg für die Wahl des Reichspräsidenten aufstellte, war dies für den deutschen Wähler eine Kühne und entschiedene Anknüpfung an die Vergangenheit. An die Spitze des Reiches sollte ein Offizier treten, der die Traditionen der preußischen Armee verkörperte, der eine lebende Erinnerung an die Versailler Proklamation des Deutschen Kaiserreiches, eine frische Erinnerung an so viel siegreiche Schlachten im Großen Kriege mit sich brachte, und der schon damals die Verehrung des ganzen Volkes als eine Persönlichkeit genoß, die im Augenblick der Niederlage nicht zurücktrat, nicht zusammenbrach, die in diesem Augenblick das schwierigste Werk ihres Lebens vollbrachte, indem sie in dem Chaos der Revolution die Armeeforsen heil nach dem Vaterland zurückführte. Generalfeldmarschall v. Hindenburg war damals schon nicht der Kandidat einer Partei, er war Kandidat von Leuten, die mit ihm politisch nicht verbunden und ihm lediglich durch die gemeinsame Vergangenheit nahestanden. Die Wahl Hindenburgs war ein taktischer Erfolg dieser Männer, aber gleichzeitig auch ein großer Schritt zur Stabilisierung der Deutschen Republik. Der Eid des Feldmarschalls auf die Weimarer Verfassung war der erste Schritt zur Vereinigung des Geistes von Weimar mit dem Geiste von Potsdam, der preußischen adeligen Vergangenheit mit der deutschen demokratischen Gegenwart.

Die innere Entwicklung Deutschlands in diesen sieben Jahren, in denen Hindenburg regierte, kann als Verwirklichung dessen angesehen werden, was in ihm als Symbol in der Gestalt des Kaiserlichen Feldmarschalls steckte, der auf die republikanische Verfassung den Eid leistete. Die Regierungen Hindenburgs waren die Verkörperung von zwei Grundsätzen auf republikanischem Hintergrund, durchdrungen von der preußischen Tradition. Der erste war die Lösung der Anknüpfung an die Vergangenheit. Die zweite Lösung war: "Ein Präsident, der von den Parteien unabhängig ist und eine Regierung, die auch unabhängig von den Parteien ist, sondern lediglich abhängig vom Präsidenten." Wie diese Lösung verwirklicht wurde, davon zeugt die Tatsache, daß der wieder gewählte Reichspräsident ein Kandidat keiner Partei war, daß für ihn der Konservative und Sozialdemokrat, der Katholik und Protestant, der Föderalist und Anhänger der Zentralisierung, der Militarist und Pazifist ihre Stimmen abgaben. Das, was die Leute einte, die den Reichspräsidenten gewählt haben, war kein gemeinsames politisches Programm, das war die gemeinsame Überzeugung, daß es sich um das Wohl Deutschlands und um seine politische Entwicklung handelt. Die Regierung aber, die sich hinter diese Kandidatur stellte, war eine Regierung, die unabhängig von den Parteien, nur durch den Willen des Präsidenten gebildet wurde, eine Regierung, deren Programm nicht durch die Parteien der Regierungskoalition festgesetzt, sondern den für sie stimmbaren Parteien zur Genehmigung aufgezwungen wurde.

Die Wahl Hindenburgs ist daher ein Erfolg der Politik, die die Tradition Preußens in der Weimarer Republik und die Politik vereint, die den höchsten Repräsentanten des Staates und seine Regierung vom Parlament unabhängig macht. Die Eigenart der deutschen Lage besteht nicht darin, daß solche Lösungen den Erfolg gebracht haben, sondern, daß sie den Erfolg mit Hilfe der politischen Parteien errangen, jener Parteien, die dabei auf einen Teil ihrer Rechte verzichten mußten.

Der "Czas" wirkt im Zusammenhang damit die Frage auf, weshalb Polen bei der Verwirklichung derselben Struktur-Grundsätze einen anderen Weg beschritten hat und kommt zu dem Schluss, daß die Gründe der Verschiedenartigkeit der innerpolitischen Evolution Polens und Deutschlands in der Verschiedenartigkeit der politischen Kultur der Parteien dieser beiden Länder stecken. Die polnischen Parteien hätten es nicht verstanden, daß besser ein teilweise Verzicht als ein gewaltiger Tod wäre und deswegen sollte, so schließt das konservative Organ, der Pole, der am Tage der Wahl Hindenburgs fragt, wie es kam, daß Deutschland im Augenblick der Gefahr für den Staat und die Kultur einen großen nationalen Block zu bilden vermochte, daran denken, daß die Ursache bei denen steckt, die der Marschall am Ruder antraf, denen er die Macht nahm, und welche die Notwendigkeit des Augenblicks nicht begreifen wollten.

Der "Czas" in Schwierigkeiten.

Krakauer Blätter melden, daß das bekannte Organ der dem Regierungsklub nahestehenden konservativen Gruppe, der Krakauer "Czas", in ernste finanzielle Schwierigkeiten geraten sei. Der führende Publizist des "Czas", Professor Österreich, der Nationalökonom

Der Briefträger kommt

in den Tagen vom 15. bis 22. April zu unseren Post-Abonnenten, um den Abonnementssatz für den Monat Mai in Empfang zu nehmen. Wir bitten, von dieser bequemen Einrichtung ausgiebigen Gebrauch zu machen, denn sie verursacht keine besonderen Kosten, gewährleistet aber pünktliche Weiterlieferung der Zeitung.

Professor Krzyzanowski und der Historiker Professor Dabrowski sollen aus der Redaktion ausgeschieden sein. Auch einer der Hauptbesitzer des "Czas" soll sich bereits aus dem Unternehmen zurückgezogen haben.

Rundfunk-Programm.

Sonntag, den 17. April.

Königswohrenhausen.

06.45: Von Berlin: Funkgymnastik. 07.00: Von Hamburg: Hafenzonkert. 08.00: — 10.05: Übertrag. von Berlin. 10.05: Von Berlin: Wetter. 11.00: Völkercharaktere in der Weltliteratur: Faust. 11.30: Von Leipzig: Bach-Kantate. 12.05: Meisterwerke der bildenden Kunst im Spiegel der Dichtung. 12.25: Von Königsberg: Konzert. 13.00: Von Frankfurt: Öffentliche Sängerkundgebung anlässlich des 18. ordentlichen Bundestages des Saar-Sängerbundes. 13.30: Von Königsberg: Konzert. 14.00: Elternstunde. 14.30: Von Mühlacker: Volksmusik. 15.15: Elternstunde. 16.00—17.40: Übertrag. von Berlin. 17.40: Dichterstunde. 18.00: Junge Generation spricht. 18.30: Von München: Geistliches Konzert. 19.30: Reise in Deutschland. 19.50: Von Berlin: Sporntnachrichten. 20.00: Von Wien: Der letzte Walzer. 22.15—00.30: Übertrag. von Berlin.

Königsberg-Danzig.

06.30: Frühkonzert. 08.00: Katholische Morgenandacht. 09.00: Evangel. Morgenandacht. 10.56: Wetterdienst. 11.00: Bilderbuch ohne Bilder. 11.30: Von Leipzig: Bach-Kantate. 12.05: Schachkunst. 13.30: Jugendstunde. 14.00: Unterhaltungskonzert. 17.45: Lieder im Volkston. 18.45: Ausschnitt aus dem Kunstturn-Stadtewittkampf Königsberg—Berlin. 19.30: Chemie und Mikroskopie im Dienste der Verbrechenaufklärung. 20.10: Abendunterhaltung. 22.10: Nachr., Sport, Anschl.: Von Berlin: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

07.00: Von Hamburg: Hafenzonkert. 08.15: Chorkonzert. Breslauer Bölscher. 09.10: Fünfzehn Minuten Berlebtsfragen. 09.30: Aus der Evangel. Stadtpfarre Kirche zu Unserer Lieben Frau, Legnitz: Gloriemalbegottesdienst. 11.30: Lyrische Suite in drei Sägen von Erich Kästner. Musik von Edmund Richter. Musik von Edmund Richter. 14.00: Mittagsberichte. 14.10: Wie verbillige ich mein Studium? 15.30: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle. 17.30: Aus dem Hallenschwimmab: Staffelwettbewerbe der schlesischen Schwimmer. 18.00: Menschen neben uns. 18.25: Kleine Violinmusik. 19.05: Wetter f. d. Landwirtschaft. Anschl.: Sportresultate vom Sonntag. 19.10: Der Arbeitsmann erzählt. 19.30: Dichter als Weltreisende. 20.15: Aus dem Stadttheater in Breslau: O.S.: "Der Freischütz", Romantische Oper in drei Akten von Friedrich Kind. Musik von Carl Maria v. Weber. 23.15—00.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Warschau.

10.00: Von Krakau: Gottesdienst. 12.15: Aus der philharmonische Sinfoniekonzert. Tschairowsky-Programm. 14.00: Vortrag für den Landwirt. 14.20: Orchesterkonzert. 15.00: Konzertvorführung. Orchester und Lieder für Sopran. 16.20: Schallplatten. 16.55: Schallplatten. 17.45: Orchester- und Solistenkonzert. In der Pause: Nachrichten. 19.00: Verschiedenes. 19.25: Schallplatten. 20.15: Vollständiges Konzert. 21.55: Literarische Leistung. 22.10: Solistenkonzert. 22.40: Wetter, Polizei u. Sportnachrichten. 23.00—24.00: Tanzmusik.

Briefkosten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einfinders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementssumme beigefügt werden. Auf dem Kuvert ist der Begriff "Briefkosten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erwidert.

S. W. 54. Sie brauchen die Hinsen für die Zeit über die 8 Monate hinaus nicht zu zahlen.

"Wieber". Wir glauben nicht, daß Sie mit Ihrem Anspruch auf Einsen vor Gericht Erfolg haben würden, solange Sie ohne Gegenleistung freie Wohnung und Unterhalt im Hause Ihres Bruders finden.

Nr. G. J. B. Es tut uns leid, Ihnen die erbetene Auskunft nicht geben zu können, aber wir können unmöglich den Arzten ins Handwerk fischen. Wenden Sie sich doch an einen Spezialisten auf diesem Gebiete.

"Vorsorgung". Wenden Sie sich an das deutsche Generalkonsulat in Polen mit der Bitte, Ihr Gefuch an die zuständigen Stellen zu leiten.

Lebensversicherung J. und St. Bevor Sie in der Sache weiter Schritte unternehmen, müssen Sie durch Anfrage bei der Polizei veranlassen, ob die fragliche Bank noch besteht und in welchem Vermögenstand sie sich befindet. Von der Antwort darauf wird es abhängen, ob und welche Schritte weiter in dieser Sache zu tun sind. Einweisen kann darüber nichts gesagt werden, ob noch Aussicht vorhanden ist, zu dem Rest Ihres Bruders zu kommen.

Nr. G. J. B. Es tut uns leid, Ihnen die erbetene Auskunft nicht geben zu können, aber wir können unmöglich den Arzten ins Handwerk fischen. Wenden Sie sich doch an einen Spezialisten auf diesem Gebiete.

"Vorsorgung". Wenden Sie sich an das deutsche Generalkonsulat in Polen mit der Bitte, Ihr Gefuch an die zuständigen Stellen zu leiten. Das Gericht tut dann das übrige. Natürlich müssen Sie vorher dem Schildner eine Rechnung vorgelegt haben; ein geschriebener Brief ist dazu nicht erforderlich. 5. Der Schildchein ist selbstverständlich auch gültig, wenn er nicht gestempelt ist; aber wenn er nicht gestempelt ist, machen Sie sich strafbar. Die Steuerpflicht muss innerhalb 3 Wochen erfolgen, sonst ist die Strafe verübt. Die Steuerpflicht können die Interessenten erfolgen durch die Aufschrift der Anfangs- und der Schlussworte des Schildcheines oder durch die Aufschrift des Datums des Schildcheines und des Namens eines der Beteiligten. 6. Der Nachbar ist nicht erfahrschuldig. 7. Sie können den Raum an die Grenze legen, müssen aber auf Ihrem Grund und Boden bleiben. 8. Der erste Teil des "Deutschen Rundschau" vom 18. März enthält. 8a. Das Fahrrad benutzt, muß eine Karte auf seinem Namen bestehen. Sie können Ihr Rad verleihen, aber nicht Ihre Karte. — Im übrigen waren der Fragen etwas zuviel.

Die Hölle der Kordilleren.

Das längste Gebirge der Welt.

Die südamerikanischen Kordilleren, die heute im Mittelpunkt allgemeiner Aufmerksamkeit stehen, bilden ein in sich geschlossenes System von Gebirgsketten, das zwar eine gewisse Ähnlichkeit mit den nordamerikanischen Kordilleren aufweist, von diesen aber durch das wesensverschiedene mittelamerikanische Gebirge getrennt ist. Es ist in der Erdkunde üblich, die Kordilleren vom Feuerland bis Alaska als ein einheitliches Ganzes zu betrachten. Es ergibt sich hiermit eine Reihe von Bergketten in einer Gesamtlänge von rund 15 000 Kilometer. Hiermit sind die Kordilleren das längste Gebirge der Welt. Nur das System der asiatischen Gebirge, das Ketten wie Hindukusch, Himalaya, Altai, Sajan und die Berge Ostibiriens vereinigt, könnte es mit den Kordilleren aufnehmen. Während jedoch die asiatischen Berge von Osten nach Westen, zum Teil nur von Nordosten nach Südwesten verlaufen, erstrecken sich die Kordilleren vom nördlichen Polarkreis bis zum 55. Grad südlicher Breite. Sie durchlaufen somit sämtliche klimatischen Zonen des Erdballs mit der einzigen Ausnahme der Antarktis. Dieser Umstand bedingt in erheblichem Maße ihre einzigartige Vielfältigkeit.

Die südamerikanischen Kordilleren oder Anden (spanisch: Cordilleras de los Andes) sind höher und mächtiger als die Berge Nordamerikas. Die Anden erstrecken sich auf 7 800 Kilometer und erreichen die Höhe von 7 040 Metern; so hoch ist nämlich der höchste Berg der Neuen Welt, Aconcagua, der somit um 1000 Meter höher ist als der höchste Berg Afrikas, Kilimandscharo (6 010 Meter) und um rund 2 800 Meter höher als der Montblanc. Der Aconcagua, im übrigen ein erloschener Vulkan, wird nur von den 11 höchsten Spitzen Afrikas übertrroffen.

Sieht man von den asiatischen Berggiganten ab, so bieten die Anden einen unvergleichlichen Anblick. Man zählt dort nicht weniger als 21 Gipfel in der Höhe von 8 bis 7 000 Meter, auf die dann noch 18 Bergspitzen folgen, die immer noch höher als der Montblanc sind!

Noch großartiger wirkt dieser Überblick, wenn man dabei die Vulkane besonders berücksichtigt. Es ergibt sich dann, daß die Anden, was Größe und Anzahl von Vulkanen betrifft, den ersten Platz in der Welt einnehmen. Man pflegt dabei zwischen erloschenen und tätigen Vulkanen zu unterscheiden, aber diese Unterscheidung ist, wie die grausame Erfahrung der letzten Tage gezeigt hat, unzulässig. In der Tat: haben die Vulkane, die seit Jahrhunderten ruhen, für erloschen zu gelten? Offenbar nicht. Es gibt auf diese Frage heute — leider! — keine andere Antwort. Will man jedoch bei der alten Nomenklatur bleiben, dann ergibt sich, daß die Anden den größten tätigen Vulkan der Welt (Cotopaxi) besitzen und daneben eine große Anzahl von Vulkanen, die ihresgleichen suchen. Es ist schwer vorstellbar, welchen Umfang eine Katastrophe annehmen muss, wenn sämtliche Vulkane der südamerikanischen Kordilleren, erloschene oder zumindest halberloschene, in Tätigkeit treten.

Dabei bilden die Vulkane der Anden nur einen kleinen Abschnitt des riesigen Gürtels von feuerspeienden Bergen, der den stillen Ozean umfaßt. Das Pacifico-Becken ist von der Zone geologischer Gleichgewichtsstörungen umrandet. Die nur in Nordamerika zum Teil unterbrochene Vulkanreihe zieht sich vom Feuerland über Chile, Peru, Ecuador und Columbien nach Zentralamerika und Mexiko weiter nach Alaska, von dort aus über die Aleuten, Kamtschatka und Kurilen nach Japan, den Philippinen und Molukken bis zu den Sunda-Inseln, mit Sumatra und Java an der Spitze. Es muß angenommen werden, daß die Aktivität in irgendeinem Punkt dieser seismisch-einheitlichen Zone sich schnell auf andere Punkte fortsetzt, wobei das Wort „schnell“ natürlich derweise nur im Sinne der Lebenszeit der Erde zu verstehen ist. Dementsprechend führt vom japanischen Erdbeben 1923 über den Ausbruch des Krakatau im Sunda-Kanal 1928 zu dem Riesenkatastrophe in Südamerika 1932 ein gerader Weg. Selbstverständlich werden dabei auch andere gefährliche Zonen von den Auswirkungen nicht verschont, wie leichte Erdbeben in der Krim und im Alpen-Gebiet überzeugend bewiesen haben.

Die Ausmaße der Naturkatastrophe in den südamerikanischen Kordilleren lassen sich im einzelnen noch nicht genau erfassen. Aber schon die vorliegenden knappen Meldungen lassen das Furchtbare ahnen, das dort im Gange ist, und dessen Abschluß niemand voraussehen kann. Ein großer Teil der Anden ist heute eine einzige Hölle. Der Bevölkerung Südamerikas gilt das Mitgefühl der gesamten Menschheit.

Dr. T.

„Leuchtende Nachtwolken“ und „Blutregen“.

Die Pressemeldungen, daß die bei den Vulkanaustrüchen in den Kordilleren in die Luft geschleuderte Asche sich noch lange in der Luft halten könne, veranlaßten einen namhaften Vertreter der Wissenschaft, der gerade von einer Studiereise aus der Sahara zurückgekehrt ist, der „Deutschen Zeitung“ folgendes zu erklären:

Bei großen Vulkanaustrüchen wird die außerordentlich feine Erdbebenasche bis in Höhen von 50 000 Metern geschleudert. Da sich die Asche dort oft mehrere Jahre lang hält, wird sie mehrmals um die Erde getragen. Das Krakatau im Jahre 1883 sowie bei dem Ausbruch des Krakatau im Jahre 1883 sowie bei dem Ausbruch des Vesuv im Jahre 1906 beobachtet werden. Viele Monate nach dem Krakatau-Ausbruch wurden in Europa nachts in großer Höhe leuchtende Wolken beobachtet. Es handelt sich dabei um Aschenwolken, die noch von der Sonne beleuchtet wurden, wenn die Erde schon längst in nächtlichem Dunkel lag. Beobachtungen, daß die Asche nach Wanderung von mehreren tausend Kilometern noch als regelrechter Aschenregen die Erde erreicht, sind bisher nicht gemacht worden, denn die feinen Staub- und Ascheteilchen sind vorzügliche Wassercondensatoren. Bleibt also die vulkanische Asche in Luftschichten, in denen eine Wolkenbildung möglich ist, so werden die Ascheteilchen schnell von Wasserdrops umgeben, die infolge ihrer Schwere auf die Erde fallen. Man kann dann die eigentliche Beobachtung machen, daß herabfallender Regen dunkel oder schwarz gefärbt ist.

Im Mittelalter wurden berartige Erscheinungen mit ehrfürchtvoller Scheu betrachtet. Man sah in ihnen eine Strafe des Himmels. Der sogenannte „Blut-

regen“, der ebenfalls im Mittelalter großes Entsetzen hervorrief, ist zweifellos diesem schwarzen Regen verwandt. Man hat einmal die Auffassung vertreten, daß in diesem roten Regen rote Ascheteilchen enthalten sind. Heutzutage glauben einige Geologen, daß sich aufgewirbelter, feiner, roter Wustensand in den Regentropfchen befindet hat.

Bezüglich der Ursache der Erdbeben äußert der gleiche Sachverständige die Ansicht, daß die fortwährenden Erdverschiebungen in den Kordilleren unterirdische Höhlräume freigelegt haben, die bisher durch erstarrte Lavastrome „zugeheilt“ gewesen sind. Dadurch haben die Gas- und Lavamassen im Erdinneren näheren Zugang zur Erdoberfläche erhalten und es bedurfte nur eines kleinen Unfalls, z. B. eines kleinen Erdbebens, um die erhärteten Lavastromen älterer, erloschener Vulkane herauszuschleudern und sie damit erneut in Tätigkeit zu setzen. Das Ende solcher Ausbrüche sei unter diesen Umständen nicht abzusehen.

Ein zweites Pompeji?

Süd- und Zentralamerika sind nicht nur politisch ein unruhiger Boden.

Wie die Revolutionen dort unaufhörlich sich ablösen, so wechseln auch die unaufhörlichen Naturkatastrophen: 1746 gab es in Peru 1800 Tote. 1767 verschlangen die kleinen Antillen 30 000 Menschen. 40 000 kostete das Erdbeben in Ecuador vom Jahre 1797. 1812 und 1889 verloren insgesamt 24 000 Menschen ihr Leben, 1868 kamen in Peru 70 000 im Aschenregen um, 1902 verbrannte der glühende Ausbruch des Mont Pelée auf Martinique 40 000 Bewohner dieser französischen Kolonie. Vom Jahre 1928 an hebt die Erde in Südamerika wieder mit heftigster Regelmäßigkeit. Der Mensch mit aller seiner Technik und all seinem Wissen steht machtlos vor diesen gigantischen Ausbrüchen der Mutter Erde, die zumeist an ihre Geburt aus dem Feuer zu erinnern liebt. Auf daß der Mensch es nicht vergesse, daß zwischen ihm und dem glühenden Erdinneren nur ein lächerlich dünnes Häutchen fester Erdkruste vorhanden ist.

Ein Gelehrter, Martin Gil, vertritt in der „Königsberger Hartungschen Zeitung“ die Ansicht, daß die Katastrophe Ähnlichkeit mit dem Untergang Pompejis habe und noch Schlimmeres bevorstehe, denn auch damals sei ein Aschenregen der eigentlichen Katastrophe vorausgegangen.

Der Aschenregen nimmt ab.

Erlundungsflug über dem Descabezado.

Der Aschenregen war seit Dienstagabend über dem chilenischen Gebiet nicht mehr so stark. Man hofft auf ein baldiges Aufhören der Vulkanausbrüche. Die meisten Erkundungsfahrzeuge, die von der chilenischen Regierung nach dem Vulkangebiet entsandt worden waren, mußten wegen der un durchdringlichen, von dichten Aschenwolken und gefühligen Dämpfen erfüllten Luft wieder umkehren. Nur einem Flieger gelang es, weiter vorzudringen. Er konnte den Descabezado Granda und den Descabezado Chico überfliegen. Aus seiner Schilderung geht hervor, daß sich in den Kratern alle halbe Minute furchtbare Explosionsereignisse ereignen. Tonnen schwere Felsblöcke werden hoch in die Luft geschleudert, wo sie in kleine Teile zerstieben. Dauernd schließen grelle Stichflammen aus den Kratern hervor.

Die Argentinische Regierung hat verschiedene Hilfszüge mit Arzneimitteln und Sauerstoffapparaten in das Glücksgelände entsandt. Die Böje müssen jedoch bald die Weiterfahrt aufgeben, da die Luft von giftigen Gasen verpestet ist. Die großen Viehherden auf den Ranchos sind gänzlich außer Kontrolle geraten. Die Tiere rasen in wildem Schrecken über die Steppe. Das Wasser mehrerer Flüsse ist untrinkbar geworden.

In Buenos Aires liegt bis zu 9 Zentimeter Asche, die von heftigem Sturm aus dem Vulkangebiet herangeführt wurde. Meldungen über Menschenverluste liegen, soweit Argentinien im Grabe kommt, bisher nicht vor.

Der Naturwissenschaftler, Professor Marrero, in Buenos Aires erklärte, die Asche, die seit 36 Stunden zu Boden falle, sehe sich hauptsächlich aus unlöslichen Kalkeiselsalzen zusammen, die für die Vegetation zwar unschädlich seien, aber die Schleimhäute reizten. Wenn der Aschenregen andauere und die Asche auf die Weiden zu liegen komme, dann würde das Vieh kein Frischfutter mehr zu sich nehmen. Professor Marrero sagte außerdem, die vulkanische Tätigkeit in den Anden werde andauern und vielleicht zu einem neuen Ausbruch führen.

Amerika ohne Wirtschaftsbelebung.

Von Woche zu Woche erweist sich immer deutlicher, daß die lebte mit so großen Hoffnungen eingeleitete Hoover-Aktion ein Schlag ins Wasser gewesen ist. Die großzügigen Kreditmaßnahmen haben nicht zu einer Wirtschaftsanreicherung geführt, weil sie in Wirklichkeit nichts anderes sind als eine Hilfe für schwach gewordene Finanzinstitute, die durch sie eine Scheinliquidität gewonnen haben, während das, was viel wichtiger gewesen wäre, eine Ausnutzung der Kredite für die Wirtschaft, nicht eingetreten ist.

Man beurteilt die Lage in New York im Augenblick besonders pessimistisch, weil die Frühjahrsbelebung, die sonst regelmäßig eintrete, pflegte, in diesem Jahr völlig ausgeschlagen ist.

Man erlebt in den USA. den gleichen circulus vitiosus, den wir in den europäischen Ländern nun schon seit vielen Jahren kennen. Sinkende Einnahmen, schwindende Kaufkraft der Bevölkerung, Rückgang der Preise, Entlassungen, weiteres Sinken der Kaufkraft, weiteres Drücken der Gehälter usw. Die Krise spukt sich immer mehr zu, je länger dieser ungesunde Zustand anhält, weil immer mehr Faktoren zusammentreffen, die alle in der gleichen Richtung wirken.

Mit der Art der Wirtschaftshilfe, wie sie sich Hoover denkt, ist nicht weiterzukommen, weil er bei halben Maßnahmen bleibt, denen damit die entscheidende Wirkung genommen wird. Die letzte Hilfsaktion hat dazu geführt, daß der natürliche Liquidierungsprozeß in der amerikanischen Wirtschaft hinausgeschoben wird. Eine Reihe von Unternehmungen führt nun ein Schattendasein; aber infolge

MAGGI
Fleischbrühe

1 Würfel 10 gr.

der Einengung des Absatzes und der tatsächlich bestehenden Überbesetzung nimmt die Konkurrenz immer schärfere Formen an, womit die Rentabilität der einzelnen Unternehmen immer weiter sinkt bzw. umgekehrt in das Gegenteil umschlägt, in eine Verlustwirtschaft. Die Aufschiebung des Liquidierungsprozesses zum Zwecke der Haltung der Unternehmen hätte nur dann einen Sinn, wenn durch eine rasch wiederansteigende Wirtschaftskurve eine Existenzberechtigung für die vielen heute notleidenden Betriebe geschaffen würde. Mit einem so radikalen und grundlegenden Umschwung rechnet jedoch niemand; es ist auch nicht zu erkennen, woher er kommen sollte. Daher muß die Weiterführung der notleidenden Betriebe allein im Wege der Finanzhilfe als nichts anderes gewertet werden, als ein Faktor, der zu einer Verschärfung der Krise führen muß.

Der amerikanischen Wirtschaft könnte allein durch Regierungsausträge allergrößten Umfangs geholfen werden, für deren Erteilung jedoch bei der schwierigen Budgetlage keinerlei Neigung besteht. Erst jetzt mußte ein umfangreiches Steuerprogramm durchgeführt werden, um das Defizit wieder auszugleichen. Die erheblichen Neubelastungen, die es gebracht hat, haben natürlich zu einem weiteren Kaufkraftschwund geführt. Da es aber vor allem einmal darauf ankommt, den Staat in Ordnung zu bringen, um zu einer geregelten Wirtschaft zurückzukehren, ist mit Milliardenaufträgen der Regierung nicht zu rechnen.

Es bleibt also Amerika nichts anderes übrig, als sich auf eine lange Dauer der Krise umzustellen bzw. keine Hilfe von der Regierung her, sondern nur eine Besserung von unten her zu erwarten. Ebenso wie eine Besserung der Wirtschaftslage in Europa nach dem großen Liquidierungsprozeß nur durch den Verbrauch möglich ist, wird die Entwicklung auch in Amerika vor sich gehen. Wie jahrelang in Amerika eine den Bedarf erheblich übersteigende Überproduktion vorhanden war, müssen die anhaltenden und wahrscheinlich in nächster Zeit erheblich zunehmenden Betriebs einschränkungen und Stilllegungen zu einer Unterversorgung führen, aus der heraus sich unter gleichzeitiger Mobilisierung der immer noch vorhandenen Reserven eine Konjunkturbelebung ergibt. Auch in Amerika nimmt der Baumarkt eine Schlüsselstellung ein. Die Bautätigkeit ist auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Im Monat Februar sind nur 15 Millionen Dollar für allerhand Bauzwecke ausgegeben worden, während sich der Sachschaden an Gebäuden auf mindestens den gleichen Betrag beläuft. Hier ist also bereits eine ähnliche Entwicklung eingetreten wie in Deutschland, wo z. B. die Ausgaben für Investitionen und Unternehmungen geringer sind als z. B. die Erneuerungen, Reparaturen, die seit 1927 notwendig waren. Hier liegen also zwei natürliche Korrelate gegen eine hemmungslose Depression vor.

Ebenso wie es falsch ist zu sagen, daß die Preise bis ins Endlose abgleiten können — das wäre ja gleichbedeutend mit dem paradiesischen Zustand, daß man alles geschenkt bekommt — gibt es auch eine Tiefsgrenze der Beschäftigung,

der Investitionen, der Erneuerungen, der Bautätigkeit usw. Man darf wohl sagen, daß auch in Amerika schon so ziemlich der Tiefstand erreicht ist, daß nur der Wiederanstieg infolge dauernder Erdbeben verhindert wird und daß alle Ansätze einer Wirtschaftsverbesserung bzw. Wirtschaftsbelebung damit erstickt werden.

Es ist möglich, daß sich auch in Amerika innerpolitische Folgerungen aus der schweren Lage ergeben; predigen doch Hearst und der frühere demokratische Präsidentschaftskandidat Al Smith ein Regierungsprogramm, das Milliardenaufträge vorsieht. Die Entscheidung hierüber wird im Herbst beim Wahlkampf fallen.

J. S.

Kleine Rundschau.

Flugunfall des spanischen Kommandeurs von Marokko.

Paris, 14. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der Kommandeur der spanischen Streitkräfte in Marokko, General Gomez, der sich an Bord eines Militärflugzeuges in Begleitung des Chefs der spanischen Luftstreitkräfte in Marokko von Melilla nach Tetuan begeben wollte, ist schwer verunglückt. Das Flugzeug rutschte in einem heftigen Sturm ab.

Badekostüm aus Glas.

Die amerikanischen Damen, die sich jetzt schon für die Badaison rüsten, lernen ihre besondere Aufmerksamkeit auf eine Neuheit, durch die eine Erfinderin in Los Angeles den Nixen des Sommers 1932 eine besondere Anziehungskraft verleiht will. Es handelt sich um Badekostüme aus gesponnenem Glas, die ebenso praktisch wie auffällig sein sollen. Um allen falschen Vorstellungen sofort zu begegnen, wird mitgeteilt, daß diese gläsernen Badekostüme nicht durchsichtig sind. Der leichte Glasfluss ist auf einem dünnen seidenen Untergrund aufgenäht und hält die Gestalt der Trägerin in einem weißen glitzernden Glanz. Wenn sie sich am Strand in der Sonne dehnt, dann werden die Strahlen durch dieses Kostüm in Tausenden von Reflexen gebrochen, und ein buntes Leuchten umgibt sie. vervollständigt wird dieses Badekostüm durch eine Kappe aus Kristallglas, die mit krausen Locken eine Perücke nachahmt; ein Gürtel aus Glas umschließt die Taille, und ein Halsband aus Glasperlen verleiht dem Ganzen die letzte Vollendung. Der neue Stoff soll sich auch sehr gut zum Schwimmen eignen und im Wasser durchaus nicht hinderlich sein.

Birtschaftliche Rundschau.

Kreugers gefälschte italienische Staatsobligationen.

Stockholm, 15. April. (Eigene Drahtmeldung.) Nach den heutigen schwedischen Pressemeldungen besteht kein Zweifel mehr darüber, daß zwar Kreuger tatsächlich italienische Staatsobligationen im Werte von weit über 200 Millionen Kronen hat drucken lassen. Die Obligationen wurden in einem Geheimgenöbel gefunden und sind nach einer Mitteilung von "Dagens Nyheter" auf schwedischem Papier gedruckt. Die italienischen Obligationen sind angeblich nicht als Bankkapital verwendet und auch nicht unter der Aktiva aufgeführt worden. Ihre eigentliche Aufgabe soll darin bestanden haben, bei den Kreditverhandlungen als stille Reserve zu dienen. Kreuger soll bei Gesprächen und Verhandlungen darauf hingewiesen haben, aber nur unter dem Siegel der Verbindlichkeit, die er mit den großen politischen Interessen begründete, die auf dem Spiele standen.

Der Finanzimbiß, den die Jahre des Erfolges um Ivar Kreuger gewoben haben, ist nicht allein durch die Tatsache, daß er sich Bilanzfälschungen hat zu Schulden kommen lassen, sondern ebenso durch die Nachricht, er habe Lombardfälschungen vorgenommen, gründlich zerstört worden. Seine Todesursache ist durch die letzten Aufklärungen geklärt, er ging freiwillig aus dem Leben, da sich die Schlinge, in die er sich gegeben hat, immer enger zuzog.

Unveränderter Status der Bank Polski.

Ausweis der Bank Polski für die erste April-Dezade 1932.

Aktiva:	10. 4. 32	31. 3. 32
Gold in Barren und Münzen	104.32	31.3.32
Gold in Barren und Münzen im Auslande	448 675 803.—	448 629 806.93
Banknoten, Devisen usw.	173 564 262.46	124 888 459.46
a) bedungsfähige	67 392 106.24	71 293 355.22
b) andere	116 111 960.97	120 650 671.77
Silber- und Scheidemünzen	50 913 407.53	50 600 051.76
Wechsel	629 489 885.90	641 860 078.44
Lombardsforderungen	115 014 484.98	122 338 675.63
Effekten für eigene Rechnung	13 182 148.05	13 129 157.71
Effektenreserve	92 556 209.38	92 760 948.61
Schulden des Staatshauses	50 000 000.—	20 000 000.—
Immobilien	20 000 000.—	20 000 000.—
Andere Aktiva	136 140 919.21	136 547 641.21
 Passiva:	 1 864 365 384.72	 1 862 698 846.74
Aktienkapital	150 000 000.—	150 000 000.—
Reservefonds	114 000 000.—	114 000 000.—
Sofort fällige Verpflichtungen:		
a) Girorechnung der Staatskasse	10 138 622.90	5 880 504.01
b) Rechtliche Girorechnung	166 738 587.64	142 348 109.38
c) Konto für Silbereinkauf	20 987 440.79	21 010 427.64
d) Staatlicher Kreditsfonds	—	—
e) Verschiedene Verpflichtungen	—	—
Notenumlauf	1 100 704 920.—	1 130 529 280.—
Sonderkontos des Staatshauses	301 795 813.39	298 930 575.71
Andere Passiva	1 864 365 384.72	1 862 698 846.74

Der Ausweis der Bank Polski ver. 10. April d. Js. weist keine nennenswerten Veränderungen auf. Der gesamte Status der Bank hat sich seit dem Quartals-ultimo nicht verschoben. Der Goldvorrat weist wieder eine kleine Zunahme von 45 000 Zloty auf 57,8 Millionen Zloty auf. Die bedungsfähigen Devisen sind um 3,9 auf 67,4 Millionen Zloty zurückgegangen. Auch der Bestand der nichtbedungsfähigen Devisen weist einen Rückgang von 4,5 auf 116,1 Millionen Zloty auf. Eine Schrumpfung um 12,8 Millionen Zloty auf 629,5 Millionen Zloty hat das Wechselportefeuille erfahren. Ebenso weisen die Lombardkredite einen Rückgang um 7,3 auf 11,6 Millionen Zloty auf. Alle anderen Aktiva sind fast unverändert bei einem Bestand von 136,1 Millionen Zloty geblieben. Auf der Seite der Passiven haben die sofort fälligen Verpflichtungen einen Zuwachs von 28,6 auf 197,8 Millionen Zloty erfahren. Der Notenumlauf wurde um weitere 29,8 Millionen eingeschränkt, die in die Kasen der Bank zurückfließen. Die Höhe des Notenumlaufs beträgt demnach 1 100,7 Millionen Zloty. Der Notenumlauf und die sofort fälligen Verpflichtungen sind ausschließlich mit Gold zu 44,7 Prozent gedeckt. Die Golddeckungsdeckung dieser beiden Positionen beträgt 49,86 Prozent, die Golddeckung des Notenumlaufs beträgt 52,11 Prozent.

Getreide-Terminhandel in Polen.

Das Staatliche Exportinstitut und das Ministerium für Industrie und Handel bearbeiten augenblicklich die theoretischen Grundlagen zur Einführung des Getreide-Terminhandels in Polen. Die Frage des notwendig werdenden Getreide-Terminhandels hat bekanntlich in Polen noch keine Lösung gefunden, obwohl für den Getreideexport eine derartige Lösung erforderlich wäre. Der im Auslande eingeführte Getreide-Terminhandel hat in allgemeinen einen günstigen Einfluß auf die Belebung des Getreidemarktes. Es ist anzunehmen, daß die jetzt in Angriff genommenen Arbeiten schnell vorwärts kommen werden.

4 Millionen Reingewinn der Staatl. Agrarbank

Warschau, 14. April. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern fand eine Sitzung des Aufsichtsrates der Staatlichen Agrarbank (Panstwowny Bank Rolny) statt. Nach einer eingehenden Erörterung wurde der Geschäftsausblick der Bank für das Jahr 1931 angenommen und die Bilanz per 31. 12. 1931 bestätigt. Die Bilanz schließt mit einer Gesamtsumme von 1 488 145 282,45 Zloty. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde gleichfalls angenommen. Aus dem Geschäftsausblick geht hervor, daß der Reingewinn für das Geschäftsjahr 1931 4 118 633,12 Zloty beträgt. Demzufolge ist die Höhe des Reingewinnes per 1931 infolge der Finanzpolitik der Bank im Vergleich zum Vorjahr wesentlich zurückgegangen. Der Reingewinn ist statutenmäßig verteilt worden, d. h. der größte Teil wurde den Bankreserven angeführt.

Deutsche Kammgarneinfuhr nach Polen. Auf der Tagung der Vertreter der Wollindustrie in Łódź wurde mitgeteilt, daß die Regierung die Absicht habe, das Verbot der Einfuhr deutscher Kammgarns nach Polen aufzuheben, das auf Bemühungen der Industriellen am 1. Januar eingeführt worden ist. Gleichzeitig besteht die Absicht, Deutschland Kontingente für die Einfuhr von Kammgarn nach Polen anzugeben. Die Verhandlung sprach sich gegen die Verwirklichung dieser Absichten aus, da diese auf die Lage der polnischen Kammgarnindustrie katastrophal wirken könnte. Die Gewährung von Kontingenten an Deutschland zur Einfuhr von Kammgarn nach Polen könne nur dann erfolgen, wenn gleichzeitig das in Deutschland bestehende Verbot auf Einfuhr polnisches Kammgarns nach Deutschland aufgehoben werde. Die Entschließung der Versammlung wird dem Handelsminister zugestellt werden.

Eine Handelsstelle für polnische Textilwaren in Gdingen soll auf Bemühen mehrerer Großfirmen eröffnet werden, die mit einerständigen Ausstellung von Proben und Mustern der polnischen Textilindustrie verbunden sein wird.

In Sachen der kontingentierten Warenausfuhr nach Frankreich. Die Industrie- und Handelskammer in Bromberg teilt den interessierten Wirtschaftskreisen mit, daß die französische Regierung Polen besondere Einfuhrkontingente für das zweite Quartal dieses Jahres in folgenden Waren zugesagt hat: Schweine-, Rind- und Hammelfleisch, Eier, Holz und Baumaterial. Die Kontingente werden durch die polnische Exportorganisation eingeteilt. Die Einteilung der Eierausfuhr erfolgt durch den Verband der Industrie- und Handelskammer in Polen. Außer diesen Sonderkontingenten kann Polen an den allgemeinen Einfuhrkontingenten für andere Staaten teilnehmen, und zwar für folgende Artikel: Gefülltes Fleisch, Schinken, Räucherfleisch, lebendes und totes Geflügel, Butter, lebende Schlachtfelder, Schafe und Lämmer. Die interessierten Exportfirmen müssen sich um Beteiligung dieser Kontingente durch Vermittlung der französischen Importeure bei der französischen Gesandtschaft in Paris bemühen.

Firmennachrichten.

Großraum. Ein dreimonatiger Zahlungsaufführung ist der Firma W. Kuroński i Ska. Af. hierfür gewährt worden. Zum gerichtlichen Auseinander hat das Gericht den Rechtsanwalt Witold Kuroński in Graudenz ernannt.

Die chemische Industrie Polens im Jahre 1931.

Der Niedergang der Konjunktur in der internationalen chemischen Industrie mit allen seinen unerheblichen Begleitercheinungen griff auch auf Polen über. Arbeitserlässungen, Arbeitszeitverkürzung, Preis-, Produktions- und Absatzsenkung, Vermehrung der Lagerbestände sind äußere Symptome dieser wirtschaftlichen Depression. Im Jahre 1931 erfuhr die polnische chemische Industrie eine weitere Verschärfung der Krise, und es läßt sich kaum übersehen, ob der Höhepunkt der Stagnation bereits erreicht ist. Obwohl der Einfuhrüberschuß von 1927 bis 1931 von 309,9 Millionen Zloty auf 117,8 Millionen Zloty zurückgegangen ist; allein von 1930 bis 1931 minderte sich die Einfuhr von chemischen Erzeugnissen von 313,8 auf 184,1 Millionen Zloty, während die Ausfuhr zugleich von 90 auf 66,2 Millionen Zloty sank. Die größte Einschränkung erfuhr die Einfuhr von künstlichen Düngemitteln.

Durch die nachfolgenden Ausführungen soll ein kurzer Überblick über die Lage der einzelnen Produktionszweige der chemischen Industrie gegeben werden, wobei allerdings aus Raumangel nur die wichtigsten Industriezweige herangezogen werden können.

I. Die Stickstoffindustrie.

Von den 4 in Polen vorhandenen Betrieben, die Stickstoffhaltige Düngemittel herstellen, wurde das Unternehmen in Warszawa stillgelegt, die Produktionsleistung der übrigen im Jahre 1931 wesentlich eingeschränkt. Gegenüber 1930 weist die Herstellung der meisten stickstoffhaltigen Düngemittel eine nicht unerhebliche Minderung auf und zwar in erster Linie bei „Nitrofos“ von 50 000 Tonnen auf 5 800 To., bei „Azotnia“ von 84 100 auf 35 800 To., bei „Saletra amonowa“ von 4300 Tonnen auf 2000 To., bei „Staceta amonowsko-syntetyczna“ von 41 600 To. auf 26 000 To. usw. Bei anderen Stickstoffdüngemitteln läßt sich allerdings eine aufwärtsstrebende Tendenz der Produktion feststellen, so bei „Saletra sodowa“ von 7400 To. auf 8500 To., bei „Saletrat“ von 9900 To. auf 40 700 To. Im Jahre 1931 gelang es ferner zum ersten Mal, neue Stickstoffdüngemittel herzustellen, so 31 500 „Saletra wapniowa“ und 2000 To. „Wapnamon“, die sich also eines großen Zuspruches bei der polnischen Landwirtschaft erfreuen.

Die Senkung der Erzeugung stieg parallel mit der Schrumpfung des Absatzes. In der Zeitperiode von 1928 bis Ende 1931 minderte sich der einheimische Verbrauch von 228 814 To. auf 186 000 To. Einen gewissen Ausgleich für den Ausfall von Binnenabsatz bot die Ausfuhr. Polen ist in wachsendem Maße bestrebt, an der Versorgung der Auslandsmärkte teilzunehmen. Hierauf ist die aktive Beteiligung Polens an dem vor 1½ Jahren abgeschlossenen Stickstoffabkommen „CIA“ zurückzuführen. Durch den im Jahre 1930 abgeschlossenen Stickstoffspalt „Convention Européenne de l'Industrie de l'azote“, der 98 Prozent der europäischen Stickstoffproduktion umfaßt, wurde das Ziel verfolgt, eine Konjunkturierung der Verhältnisse auf dem Weltstickstoffmarkt und eine Preisstabilisierung auf einem Niveau, das eine angemessene Rentabilität der Produktion gestattete, zu erreichen. Es war nun nicht schwer, vorauszusehen, daß der von der „CIA“ getroffenen Vereinbarungen auf die Dauer ein Mißerfolg beschieden sein müsste. Die grundähnliche Schwäche der ganzen Konstruktion lag in erster Linie darin, daß der Kampf zwischen künstlichem und natürlichem Salpeter mit künstlichen Mitteln überbrückt wurde, ohne vorher bis zu seiner vollen Klärung der beiderseitigen Machtpositionen durchgeführt zu sein. Im Jahre 1931 wurde der Weltplatz außer Kraft gesetzt. Das Ziel, eine Harmonie zwischen Angebot und Nachfrage herzustellen, war nicht erreicht.

Die nunmehr überall einsetzende Produktionssteigerung geschah ohne Rücksicht auf den Bedarf. Das sog. „Dreierduell“, das den gesamten europäischen Export bei sich zentralisierte, konnte nicht hindern, daß die Produktion eine starke Steigerung zeigte.

II. Die Kalidüngemittelindustrie.

Von der außerordentlich starken Depression der deutschen und französischen Kalidüngemittelindustrie, die gestützt auf gemeinsame farblose Bindungen ca. 100 Prozent des Weltbedarfs an Kalidüngemitteln decken, und mit 90 Prozent an der Weltproduktion partizipieren, wurde die polnische Kalidüngemittelindustrie bis zum Jahre 1931 nicht in gleichem Maße erfasst. Erst in dem letzten

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 15. April auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinsatz der Bank Polski beträgt 7½%, der Lombardzins 1½%.

Der Zloty am 14. April. Danzig: Überweisung 57,20 bis 57,31, bar 57,21–57,32, Berlin: Überweisung, grobe Scheine 47,05–47,45, Wien: Überweisung 79,46–79,94, Prag: Überweisung 37,87–37,97, Zürich: Überweisung 57,65, London: Überweisung 33,75.

Der Warschauer Börse vom 14. April. Umsätze, Verkauf — Belgrad —, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 361,20, 362,10 — 360,30, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London —, 33,84 — 33,50, Newark 8,907, 8,927 — 8,887, Oslo —, Paris 35,13, 35,22 — 35,04, Brag 26,38, 26,44 — 26,32, Riga —, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 173,45, 173,88 — 173,02, Tallin —, Wien —, Italien —.

London Umsätze 33,65—33,70.

Freihandelsturs der Reichsmark 211,50.

Berliner Devisenkurse.

Offizielle Devisenkurse	Für drahtlose Auszählung in deutscher Mark	In Reichsmark	
		14. April	15. April
	Geld	Geld	Geld
3%	1 Amerika	4,209	4,217
3,5%	1 England	15,92	15,94
3%	100 Holland	170,68	171,02
9%	1 Argentinien	1,048	1,052
5%	100 Norwegen	81,52	81,68
5%	100 Dänemark	86,91	87,09
6,5%	100 Island	70,23	70,37
5%	100 Schweden	80,02	80,18
3,5%	100 Belgien	58,99	59,11
7%	100 Italien	21,63	21,67
2,5%	100 Frankreich	16,61	16,65
—%	100 Schweiz	81,92	82,08
6,55%	100 Spanien	32,27	32,33
5,84%	100 Brasilien	0,264	0,266
5,84%	1 Japan	1,389	1,391
—	1 Kanada	3,788	3,794
6%	100 Tschechoslowak.	12,465	12,485
8%	100 Finnland	7,343	7,3